Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 148 23. OKTOBER 1976

D 1870 CX



INLAND

INTERNATIONALES

AN SÄMTLICHE ABONENNTEN !? !? !? ! SCHNELL ZAHLEN !? !? !? !

Seit einiger Zeit haben wir ein betont ausgekochtes Postversand-Aboabrechnungs- und Belieferungssystem. Der Computer, der uns dabei zu Hilfe gekommen ist, tut nämlich folgendes: er druckt auf die Adressenaufkleber, die immer hinten oben auf der letzten Seite sich befinden, genaueste Angaben zu Euren Abos. Links oben steht die Abonummer, daneben ist die ID-Nummer gedruckt, bis zu der ihr gezahlt habt. Ist nach dieser Nummer, quasi dem Kontostand — das merkwürdige Zeichen !? ! zu sehen, heißt das: Achtung, Abo verlängern, sonst hören wir mit der Lieferung auf. Wir wollen uns nicht den bürokratischen Luxus einer Mahn- und Schuldeintreiborganisation leisten, deshalb diese Regelung. Das Abo läuft also ganz normal und problemlos, wenn ihr regelmäßig zahlt.
Brenzlig wird es im Moment für alle Abonennten, die bis zur Nr. 139 bezahlt haben. Wenn ihr nächste Woche nicht zahlt, stellen wir die Lieferung ein — bzw. unterbrechen sie, bis ihr mit einer Überweisung das Abo wieder verlängert.
Da auf jedem ID, den ihr bekommt, verzeichnet ist, wie um euer Abo steht, dürfte es nicht schwierig sein, rechtzeitig nachzuzahlen. Wir verrechnen Zahlungen in jeder Höhe — Ihr könnt für ein oder zehn (!?) Jahre im Voraus zahlen, mindestens jedoch 18.- DM für 3 Monate.

frankfurter informationsdienst e.v.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611 70 43 52

postadresse
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

redaktionsschluß
donnerstag 20 uhr

kontaktzentren:

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstraße 79
tel. 040 410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234 70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher straße 197
tel. 0221 42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer buchladen
nauklerstraße 20
tel. 07071 23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstraße 41 b
tel. 0811 280 95 22

schweiz
eco libro
8004 zürich
engelstraße 62
tel. 01 39 12 67

druck: druckladen

einzelverkaufspreis:
1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort ‚neuabo' oder ‚adressänderung'

INLAND

OBJEKTSCHUTZ IN PHILIPPSBURG

PHILIPPSBURG(ID) 21. Oktober

In der Nacht zum 13.10., also unmittelbar vor der öffentlichen Anhörung zur Genehmigung des Block 2, wurden grössere Polizeikräfte zum Objektschutz der im Bau befindlichen kerntechnischen Anlagen in Philippsburg herangezogen.

Wie inoffiziell zu erfahren war, sind mehrere Züge u.a. aus Karlsruhe, im Einsatz gewesen. Da eine konkrete Bedrohung, die eine zusätzliche Sicherung des Reaktors begründen könnte, offensichtlich nicht gegeben ist, schon gar nicht durch die am nächsten Tag auftretenden Einsprecher, kann die Objektschutzübung unmittelbar vor dem Anhörungstermin nur so verstanden werden, daß die Polizei wohl gegen die Umweltschützer scharf gemacht werden sollte. (Erklärung der Bürgerinitiativen)

ZUM ERÖRTERUNGSTERMIN PHILIPPSBURG

PHILIPPSBURG (ID) 15. Oktober

Vom 13. bis 15. Oktober fand der öffentliche Erörterungstermin für das geplante Kernkraftwerk Philippsburg II statt. Ein Erörterungstermin dient dazu, daß sich die Genehmigungsbehörde ein Bild von den Einwendungen der Bürger gegen einen geplanten Standort machen kann. Außerdem soll der Bevölkerung vorgegaukelt werden, daß sie von der Regierung für voll genommen wird.

Die Mitbestimmung hörte allerdings schon bei der Festlegung der Tagesordnung auf. Ein Einsprecher wollte einen Vorschlag zur Reihenfolge der zu behandelnden Einsprüche machen, erhielt aber kein Rederecht und wurde schließlich mit Polizeigewalt aus dem Saal befördert. Im Laufe dieser Aktion bekamen zwei andere Leute Anzeigen, einer wegen versuchter Gefangenenbefreiung (obwohl von einer Festnahme nie die Rede war; außerdem ist der betroffene Einsprecher blind und braucht Führung); die andere Anzeige erfolgte wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Kein Wunder, daß schon die ersten Einsprecher erstmal nach den Anzeigen fragten und den Vorsitzenden als Hausherrn baten, die Anzeigen zurücknehmen zu lassen. Sie mußten sich aber sagen lassen, daß dieser Einwand nichts mit dem KKP zu tun hat. Daraus schlossen sie ganz logisch, daß Kernkraftwerke bei der Errichtung eines totalitären Staates sehr nützlich sind. Auch dieser Vorwurf durfte wegen Unsachlichkeit nicht diskutiert werden, und damit begriffen mehrer Bürgerinitiativen ihre Alibifunktion und waren nicht länger bereit, dem Spektakel beizuwohnen.

Daß der Termin trotzdem drei Tage dauerte, lag daran, daß die verbliebenen Einsprecher sehr lange redeten. Antragsteller und Gutachter lehnten sich in ihren Stühlen bequem zurück und hörten amüsiert den Ausführungen zu und wenn Herr Soyka vom Institut für biologische Sicherheit den Mund aufmachte, freuten sie sich besonders, denn dann brauchten sie nicht zu arbeiten. Bei der Vielzahl der Einwendungen konnten sie sich bei ihrer Erwiderung auf die Punkte beschränken, von denen sie etwas verstanden. Niemand würde etwas merken, wenn sie ins Schleudern gerieten.

Gescheiter wäre es, wenn die Einwender weiter ihre Einsprüche zusammen ausarbeiten, dann aber jeden Punkt einzeln in ein paar Zeilen fassen, unter jeden Punkt eine Unterschrift setzen, und dann den Punkt einzeln auf dem Erörterungstermin vertreten lassen.Und was sollen die langen Reden? Das ist doch keine Informationsveranstaltung. Niemand im Saal muß überzeugt werden. Die Leute von der KWU und die Gutachter wissen doch selbst, an welchen Stellen sie nicht weiter wissen. Unsere langen Reden helfen ihnen, die Schwachstellen zu vertuschen.

BÜRGERINITIATIVEN VERLASSEN ERÖRTERUNGSTERMIN IN PHILIPPSBURG

PHILIPPSBURG(ID) 15. Oktober

Mit dem Fazit, daß zur Durchsetzung der Genehmigung zum Bau von Kernkraftwerken zu nicht mehr mit dem Rechtsstaat zu vereinbarenden Mitteln gegriffen werden muß, verließen alle Bürgerinitiativen den Anhörungstermin.

Vorausgegangen war ein Streit um die Durchführung des Verfahrens. Der Versammlungsleiter Gräwe, der bereits den Wyhler Anhörungstermin leitete, wollte die Einsprüche in der Reihenfolge ihrer Eingabe bei den Behörden aufrufen, wogegen der Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Südpfalz eine Gliederung nach den Sachgebieten vorschlagen wollte. Ihm wurde sofort das Wort entzogen und mit dem Gebrauch des Hausrechtes gedroht. Mit einem Aufgebot von 10 Polizisten (Zivilbeamte nicht mitgerechnet) wurde der Umweltschützer, der da er blind ist, ohnehin keinen Widerstand leistete, aus dem Saal entfernt.

Zwei Mitglieder einer Heidelberger Umweltschutzgruppe wurden ohne Grund bei dieser Gelegenheit von Zivilbeamten verhaftet und wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt bzw. versuchte Gefangenenbefreiung zur Anzeige gebracht. Als einziger Grund ihrer Festnahme läßt sich im Nachherein nur eine verdächtig lange Haartracht rekonstruieren. Nachdem die Forderung auf sofortige Zurücknahme der Anzeigen nicht erfüllt wurde, verließen alle Bürgerinitiativen den Raum und weigerten sich, unter derart repressiven Bedingungen weiterzudiskutieren.

Um die Einsprüche in die Öffentlichkeit zu bringen, blieben einige Einsprecher auf der Veranstaltung. Es zeigt sich einmal mehr, mit welchen Methoden die KKW Betreiber ihre Atomöfen durchsetzen wollen: Zunächst ein formales Verfahren, daß eine oberflächliche, kurze Behandlung aller Einwände garantiert und umfassende Fragen und Rückfragen nicht zuläßt – wie sie bei einer ausführlichen Behandlung eines Problems möglich wäre.

Das Verfahren selbst läuft nach folgendem Schema ab: Auf einen Einwand zitiert der Baubetreiber ein Gutachten, das ihm recht gibt. Nun kann dieses Gutachten umstritten sein wie es will, es mag unzählige Gegengutachten geben – von der Bank der „unabhängigen Gutachter" vom TÜV oder von einem Ministerium kommt nun nicht etwa Zweifel in der Art, daß man das Problem als ungeklärt zurückweist bis eine sichere Aussage darüber möglich ist, vielmehr wird die Position des Betreibers umgehend bestätigt.

Oder aber z.B. die Strahlenbelastung bei Normalbetrieb wird als zu hoch beklagt. Dann verweist der Betreiber auf die gesetzliche Grundlage, die er sogar ganz bedeutend unterschreiten werde (was stimmen mag, aber keinerlei Aussage zur Ungefährlichkeit der Strahlen ist). Die nun naheliegende Kritik, die Strahlenbelastbarkeit sei in diesem Staat zu hoch festgelegt, ist nicht zugelassen – denn, so wurden alle zu Beginn belehrt, dies sei keine politische Veranstaltung (!!!).

Mit freundlichen Worten und im Zweifelsfall mit dem Polizeiknüppel achtet der Versammlungsleiter peinlich darauf, daß sich alle an die Spielregel der Veranstaltung halten und ermahnt die Parteien zum fair play, weiß er doch, daß diese Spielregeln so konstruiert sind, daß nur einer gewinnen kann und in dieser Gewißheit bestätigen sich Wirtschaft, „unabhängige" Gutachter und Beamte gegenseitig die Echtheit ihrer gezinkten Karten.

Es wird deshalb in Zukunft bei Anhörungsverfahren darauf ankommen, gewisse Forderungen zum Ablauf des Verfahrens (wie z.B. die Diskussion nach Sachgebieten) durchzusetzen, um Einwände überhaupt sinnvoll, vor allem in Bezug auf Aufklärung der Öffentlichkeit, vorbringen zu können.
(Erklärung der Bürgerinitiativen)

Übrigens, als nächstes wird Wyhl erörtert, wahrscheinlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, Mitte November.

KKW -- ERST A DANN B DANN C DANN D?

DARMSTADT (ID) 21.Oktober Zum Entschluß des Hessischen Wirtschaftsministeriums, den Bau des 3.Blocks des Atomkraftwerks Biblis zu genehmigen, hat die Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz Darmstadt folgende Presseerklärung abgegeben:

„Knapp zwei Wochen nach den Bundestagswahlen wird nun bekannt, daß sich die Hessische Landesregierung entschlossen hat, den 3. Block in Biblis zu genehmigen. Die Antragsunterlagen werden ab Dienstag, den 19.10.1976 öffentlich in Biblis ausgelegt.

Dies bedeutet, daß der öffentliche Teil des Genehmigungsverfahrens angelaufen ist und das Hessische Wirtschaftsministerium fest entschlossen ist, innerhalb der nächsten Monate den Bau des 3. Atommeilers zu genehmigen. Denn die öffentliche Auslegung der Antragsunterlagen kann nur dann erfolgen, wenn von Seiten der Genehmigungsbehörde keine prinzipiellen Bedenken gegen den Bau der Anlage bestehen.

Wir halten es für bewußte Irreführung der Öffentlichkeit,wenn das Hessische Wirtschaftsministerium noch kurz vor der Wahl verlauten ließ, daß wegen des Raumordnungsverfahrens der Bau von Block C um ein bis zwei Jahre verschoben werde und jetzt, zwei Wochen nach der Wahl, die öffentliche Auslegung nun doch beginnt. Dieses Taktieren der Landesregierung halten wir für äußerst undemokratisch.

Wir werden uns mit allen uns zur Verfügung stehenden gewaltfreien Mitteln gegen den Ausbau des Atomkraftwerks Biblis wehren. Die Bürgerinitiativen werden gegen die Erteilung der Bau- und Betriebsgenehmigung Einspruch beim Hessischen Wirtschaftsministerium einlegen. Wir rufen alle Bürger auf, sich den Einsprüchen anzuschließen."

„HEBET EN, D'FILBERLE!"

KIECHLINSBERGEN/ KAISERSTUHL (ID) 11. Oktober Nach seinem glorreichen Wahlsieg glaubte sich der Badenwürttembergische CDU-Boß und Ministerpräsident Filbinger fit für eine „good-will-Reise" an den Kaiserstuhl. Vor geladenen Gästen wollte er sich in Kiechlinsbergen am Kaiserstuhl über die Notwendigkeit des Atomkraftwerks Wyhl auslassen. Außerdem sollte mit dieser Fahrt das Klima in den KKW-Nein-Gemeinden getestet werden. (Dazu auch ID 147).

Während sich Filb und seine Gäste (die meisten CDU-Mitglieder) dem Essen hingaben, fuhr vor dem Dorfgasthof Traktor nach Traktor auf. Die empörte Menschenmenge wuchs schnell bis auf mindestens 500 an. Das „Arbeitsessen" wurde in seiner Ruhe gestört durch die Rufe wütender Bauern und Winzer mit Sprechchören „Das KKW wird nicht gebaut", „Wir wollen unseren Führer sehen", vereinzelt „Hanget nen uf".

Nachdem Filb trotz Ruhestörung genug „gearbeitet" hatte, wollte er sich auf den Weg zum nächsten Arbeitsessen machen. Noch im Ausgang des Gasthofs zeigte er sich als breit lächelnder und strahlender Landesvater, was ihm allerdings angesichts eines ohrenbetäubenden Pfeifkonzerts schnell verging.

In Sekundenschnelle waren Filb, seine Leibwächter und etwa 10 Polizisten von einer wütenden Menschenmenge eingekeilt. Filb begann um sein Leben zu fürchten, die sorgsam gekämmten Haare, die ansonsten seine Glatze verdecken, hingen wirr herunter, der Angstschweiß brach ihm aus. Die dichtgedrängte Menschenmenge begann zu schunkeln, der eingekeilte Filb mußte notgedrungen mitmachen. Diese Tuchfühlung mit dem Volk war ihm offensichtlich nicht angenehm.

Währenddessen schrien die Menschen was das Zeug hielt: „Nazi, Nazi, Nazi" oder „Das KKW wird nicht gebaut". Eine erste Polizeitruppe trat unverrichteter Dinge wieder den Rückzug an.

Angesichts der Menge empörter Bauern und Winzer wurde Filb immer blasser. Da es inzwischen gänzlich dunkel geworden war, richtete einer der Bauern einen Scheinwerfer seines Traktors auf Filbinger, so daß alle dessen Erbärmlichkeit sehen konnten. Als er dann auch noch mit überreifen Tomaten und Traubenmaische beworfen wurde, sah er aus wie ein gerupftes und garniertes Huhn. Und als ihm Kinder, die auf der Mauer standen auf den Kopf spuckten, da flippte der Filb fast aus.

Nach 20 Minuten gelang es schließlich zahlreichen Polizeireserven ihren Ministerpräsidenten zu befreien, der sich samt Polizeischutz schleunigst aus dem Staub machte.

Anschließend standen die Menschen noch lange auf der Straße, und diskutierten den Empfang den sie ihrem Landesvater bereitet hatten. Allen hatte es sichtlich Spaß gemacht. Sie waren sich einig, daß sich der Filb am Kaiserstuhl so schnell nicht mehr blicken lassen wird.

Filbinger hatte eine Lektion erteilt bekommen, die er wahrhaft verdiente. Ist dieser Mann tatsächlich so dumm, daß er sich nach so relativ kurzer Zeit in ein Gebiet zurücktraute, dessen Einwohner er vor anderhalb Jahren noch mit Knüppeln und Wasserwerfern kleinkriegen wollte? Dazu noch in einer Zeit, wo die Weinernte stattfindet und die Leute den ganzen Tag bis abends in den Feldern arbeiten müssen. In jedem Falle war sein Erscheinen eine Provokation sondergleichen für die Kaiserstühler, auf die sie dann angemessen reagiert haben. Wären noch mehr als die 800 zusammengekommen, so hätte Filbinger sicher mit mehr als einem zerissenen Anzug und faulen Eiern auf seinem Schädel rechnen müssen.

WYHL WIE WÜHL

Warum nur taucht in der (alternativen) Presse bei Erwähnung des geplanten Kernkraftwerk-Standortes Wyhl am Kaiserstuhl der Ortsname regelmäßig verkehrt auf, nämlich „Whyl"?

Why? Warum, fragt man, hat diese Woche z.B. die Redaktion des Kasseler Kursblattes, der Autonomie (Nr. 4), des Info-BUG es bei der Verdrehung belassen (ebenso andere Redaktionen zuvor, auch der ID hatte zeitweise damit zu kämpfen). Lernt den Ort, an dem seit Jahren erfolgreich gegen Badenwerk, Filbinger & Co. vorgegangen wird, endlich richtig redigieren, Redakteure!

Nicht Whyl (wie „Weiler" oder gar engl. „why") sondern Wyhl (wie „wühl am Kaiserstühl", bzw. Stuhl)!

Die Berichterstattung über die Aktion gegen Filbinger in der Freiburger Badischen Zeitung (einzige größere Tageszeitung im weiten Umkreis) machten wieder einmal deutlich, in wessen Diensten die Presse zu berichten hat. Wurde in den ersten Meldungen noch die Zahl der Demonstrangen mit „mehreren tausend Menschen" (am 9.10. in der BZ) angegeben, so wurden es im Laufe der Pressekampagne gegen die Aktionen der Kaiserstühler zu nur noch „mehr als tausend" (am 11.10. in der BZ) und schließlich „nach Schätzungen der Polizei" zu bloßen „200 bis 400" (am 12.10. in der BZ). In Wahrheit dürfte die Zahl der Beteiligten bei 800 gelegen haben, eine Zahl, die die Kaiserstühler selbst auch schon immer nannten.

Weiterhin wurde der Schmierjournalismus der bürgerlichen Zeitungsredakteure deutlich, in dem sie mit der Lüge auftraten, es seien „linksextremistische" und „auswärtige Nicht-Kaiserstühler" an der Sache maßgeblich beteiligt gewesen. Da jedoch die überwiegende Leserschaft der bürgerlichen Presse dies nicht selbst nachprüfen kann, gleichzeitig aber die Aussagen der einfachen Kaiserstühler Bürger ohne Rang und Namen einfach übergangen werden, dürfte dieser erneute Versuch der Abdrängung der KKW-Gegner ins „terroristisch-linksextreme Lager" zumindest nicht ganz ohne Wirkung geblieben sein. So benutzten die meisten Offiziellen wie CDU-Landtagsabgeordnete und Bundestagsabgeordnete, Bürgermeister, Landrat usw. diesen Hinweis auf „Auswärtige Extremisten", um sich wieder einmal nicht auf die konkreten Vorwürfe und Forderungen der Leute eingehen zu müssen und stattdessen katzbuckelnd zu bedauern, mißbilligen und sich schockiert zu zeigen.

PROZESS GEGEN BOMMI-BUCH-HERAUSGEBER

MÜNCHEN (ID) 20. Oktober — Am 14. Oktober begann in München der Prozeß gegen Gisela Erler und Herbert Röttgen wegen der Herausgabe des Buches von Michael „Bommi" Baumann „Wie alles anfing". Als weitere Verhandlungstermine sind bisher der 15., 18., 19., 21. und 25. Oktober vorgesehen.

Die Anklageschrift wirft den Geschäftsführern des Trikont-Verlages vor, durch die Herausgabe des Buches Straftaten öffentlich gebilligt und Gewalttätigkeiten gegen Menschen in unmenschlicher Weise geschildert zu haben, strafbar nach §§ 138 Abs. 1, 140, 131 StGB.

Die Tatsache, daß zur großen Strafkammer (Staatschutzkammer) angeklagt wurde, zeigt, daß die Staatsanwaltschaft dem Verfahren große Bedeutung zumißt. Dies, obwohl das gleiche Buch in einer Neuherausgabe, an der sich viele Prominente des In- und Auslandes beteiligt haben, erschienen ist und in Buchhandlungen der ganzen BRD in hoher Auflage verkauft wird. Das Buch ist inzwischen auch in viele Sprachen übersetzt und erscheint in anderen europäischen Ländern, als Beispiel für die Zensur von Literatur in der BRD. Heinrich Böll hat in einer Stellungnahme zu dem Buch erklärt, „man sollte zu seiner Verbreitung beitragen, es nicht als Pflichtlektüre sondern vorschlagsweise in Schulen lesen ..." (vgl. Konkret, 29.1.76).

Im Prozeß soll versucht werden, durch Gutachter (Schriftsteller, Psychologen und Literaturwissenschaftler) dem Gericht zu zeigen, und zu beweisen, daß das Buch von Baumann ein aktuelles Dokument der Zeitgeschichte darstellt und von daher eine Bestrafung nicht nur juristisch nicht möglich ist, sondern darüber hinaus eine neue Phase von Meinungsunterdrückung einleitet, die den Grundrechten zuwiderläuft.

Die Verteidigung wird geführt von den Rechtsanwälten Jürgen Arnold und Roswitha Wolff (München), sowie dem Bonner Strafrechtswissenschaftler Prof. Gerald Grünwald.

DIE ALTE UND DIE NEUE ZENSUR

In seiner Einlassung ging Herbert Röttgen auf den politischen Zusammenhang des Prozesses ein:

Zuerst möchte ich kurz zusammenfassen, welches die Motive gewesen sind, die mich bestimmt haben, Bommi Baumanns Autobiografie im Trikont-Verlag mit zu publizieren. Ich bin der Überzeugung, daß es ein nützliches und wichtiges Buch ist; der Linken fehlt es weniger an theoretischen Entwürfen, was ihr fehlt, sind Erfahrungsberichte. „Wie alles anfing" ist ein lebens- undzeitgeschichtliches Dokument der Debatte um das Verhältnis von Gewalt und Emanzipation , zur Frage, wodurch Gewalt entsteht und welche Formen sie annehmen kann.

Das Verbot des Buches ist in der Öffentlichkeit mit Erstaunen, zum Teil mit Bestürzung registriert worden. Wir haben es hier mit einem Fall zu tun, der in der in- und ausländischen Presse lebhaft diskutiert wurde. Für uns ist er deswegen einexemplarischer und einmaliger Fall, bei dem es gelungen ist, das Schweigen zu brechen, das die herrschende Öffentlichkeit über die zahlreichen Literaturverbote gelegt hat. Damit dem Gericht und auch der Staatsanwaltschaft bewußt ist, wie und in welchem Ausmaße über das Verbot und die Neuherausgabe des Buches (auf die ich noch eingehen werde) berichtet wurde, möchte ich einige der wichtigsten Stimmen zitieren. In der Süddeutschen Zeitung vom 26.6.76 heißt es:

„Betrachtet man die Argumente nüchtern und läßt sich durch die oft emotionale Begleitmusik der Neuherausgabe nicht irritieren, kann man eigentlich nur gegen das Verbot plädieren. Da sich die Gerichtsbarkeit in der Einschätzung des Buches aber keineswegs einig ist — mittlerweile wurdees etwa vom Amtsgericht Forchheim für zulässig erklärt — würde die juristische Begründung eines Verbots immer umstritten bleiben."

Und was sagt das Ausland? Von den vielen Beiträgen zitiere ich eine Stelle aus der größten schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyeter":

„Bisher hat man noch nicht damit angefangen, Bücher in Westdeutschland zu verbrennen, so wie man es in den dreißiger Jahren tat. Aber nach dem letzten Eingriff gegen den Trikont-Verlag ist man nicht so weit davon entfernt."

An diesem Punkt will ich überleiten zu dem Tatbestand, der diesem Prozeß eigentlich zugrundliegt, zu dem Tatbestand der Zensur. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es: „Eine Zensur findet nicht statt". Um zu erfahren, was Zensur ist, habe ich mir deren Definition angesehen. Unter Zensur wird verstanden die „staatliche Überwachung und Unterdrückung von Veröffentlichungen in Druck, Bild und Funk, um unerwünschte Verlautbarungen auszuschalten und die Publizistik im Sinn der Staatsführung oder der herrschenden Partei oder Klasse zu beeinflussen ..... Autoritäre und totalitäre Staaten bedienen sich im weiten Umfang des Mittels der Zensur, so durch vorbeugende Kontrollen und durch repressive Maßnahmen wie Beschlagnahmen, Veröffentlichungsverbote, Berufsverbote und Strafverfahren gegen Schriften, Journalisten, Verleger und andere." Dieses Zitat stammt nicht aus linker Feder, sondern aus dem Brockhaus, Auflage 1974.

Es gibt in der Bundesrepublik solche „Unterdrückung von Veröffentlichungen", „repressive Maßnahmen", „Beschlagnahmen", „Berufsverbote", „Strafverfahren". Es gibt also eine Zensur. Was im Schatten des Grundgesetzes nicht stattfindet, ist lediglich die absolutistischste Form der Zensur: die Vorzensur. Was tatsächlich stattfindet, ist nicht weniger gefährlich, da risikoreicher und willkürlicher zu handhaben: die Nachzensur. Und es gibt die Selbstzensur als die mit der zunehmenden Einschüchterung wachsende Bereitschaft zur verinnerlichten Vorwegnahme befürchteter administrativer Sanktionen.

Der Fall Baumann reiht sich ein in zahlreiche und nach der Verabschiedung des § 88a sich mehr und mehr häufende Fälle von Nachzensur und Selbstzensur. In das Verbot von F.C. Delius ursprünglicher Dokumentarsatire „Unsere Siemenswelt", — in das Verbot des Roten Kalenders und des Rotbuchs 29, sowie die Beschlagnahme eines Buches über den amerikanischen Anarchismus, alle erschienen im Wagenbach-Verlag. In die Streichungen an Regis Debrays Manuskript „Der Einzelgänger" durch den Luchterhand-Verlag ohne Willen des Autors. Er reiht sich hier in München ein in die Maßnahmen des, ich glaube, eifrigsten Zensors (nach der Brockhausdefinition) der Bundesrepublik, des hier anwesenden Staatsanwaltes Gehrig:

in das Verfahren gegen das BLATT 17, wegen eines Berichts über eine Hausbesetzung
in das Verfahren gegen das BLATT 41, wegen eines Berichts über die Lorenzentführung
in das Verfahren gegen das BLATT 48, wegen Beleidigung Goppels
in das Verfahren gegen das BLATT 57, wegen eines Comics
in die Beschlagnahme des BLATT 58, wegen einer Grafik
in die Beschlagnahme eines Flugblattes über den Tod von Ulrike Meinhof, in dem nur ausländische Pressestimmen erwähnt sind.

Das Verbot des Baumann-Buches reiht sich ein in die traditionelle Geschichte des Literaturverbotes in Deutschland von Heinrich Heine bis Peter Paul Zahl. Die Maßnahmen der Münchner Staatsanwälte Emrich, Stocker, Lanselle und Gehrig werden jetzt schon in vielen Publikationen in einem Atemzug mit den faschistischen Bücherverbrennungen genannt. Und das keineswegs nur von der extrem Linken. So schreibt die katholische Schriftstellerin Luise Rinser in einem Brief mit der Überschrift „Zum Verbot des Buches „Wie alles anfing" von Michael Baumann": „Ich selbst, die ich die Zeit vor und nach 1933 miterlebte, auch die Bücherverbrennung, auch die absolute Zensurgewalt der Nazis, fiel unter jene Autoren, die verboten waren und dann eingesperrt wurden. Andere starben in den KZs. So aber hat es begonnen: mit Zensur, mit Verboten, mit hysterischer Angst vor Auseinandersetzungen, mit der schrecklichen Vereinfachung, mit Drohungen. Genau so!"

Dieses Gericht entscheidet darüber, ob es sich in diese reaktionäre Tradition des deutschen Obrigkeitsdenkens einreiht. Ob es sich in die Geschichte der Maßnahmen stellt, die der Bundestag am 10.12.1835 beschloss, als er die Werke der Jungdeutschen Heine, Börne, Gutzkow verbot. Ob es genannt wird im Zusammenhang

mit der Verhinderung von Gerhardt Hauptmanns Drama„ Die Weber" im Jahre 1892. Ob es die bayrische Tradition des Literaturverbotes fortsetzt, wo die Polizei 1919 Aufführungen von Tollers „Masse-Mensch" unterdrückte und der Staatsanwalt sein „Schwalbenbuch" beschlagnahmte. Auf die nationalsozialistischen Terrorakte gegen Literatur möchte ich hier erst gar nicht eingehen. Dieses Gericht entscheidet auch darüber, ob es die Angst und Duckmäuserei bei Schriftstellern und Verlegern auslöst, die Heinrich Heine vor mehr als hundert Jahren ironisiert hat:

Solche Bücher läßt du drucken!
Teurer Freund, du bist verloren!
Willst du Geld und Ehre haben,
muß du dich gehörig ducken.

Aber wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand. Einer der schönsten Widerstandakte im Zusammenhang mit den deutschen Literaturverboten ist die Neuherausgabe des Baumann-Buches. 380 bekannte Intellektuelle und Verlage haben das Buch trotz Beschlagnahme unter ihrem Namen wieder publiziert und sie haben sich bereit erklärt, unabhängig von dem in diesem Prozeß gefällten Urteil, es immer wieder zu veröffenltichen.

Auch das Ausland ist solidarisch. Das Buch ist mittlerweile in schwedischer Sprache erschienen, erscheint nächste Woche in französischer und holländischer Sprache, wird zur Zeit ins griechische übersetzt, eine dänische, italienische und englische Ausgabe wird Anfang des nächsten Jahres erscheinen.

Noch aus einem anderen Grund ist die Beschlagnahme des Baumann-Buches entlarvend. Sie ist in der Tat einer der eklatantesten Fälle von willkürlicher Rechtsanwendung. Weshalb, Herr Gehrig, sind Sie bisher gegen keinen einzigen Neuherausgeber vorgegangen? Weshalb lassen Sie es zu, daß das Buch in hunderten von Buchhandlungen und nicht nur linken verkauft wird? Weshalb läßt Herr Staatsanwalt Lanselle die vom BKA beschlagnahmte Kollektivausgabe mit Entschuldigung an die hiesige Basisbuchhandlung zurückgeben? Weshalb verbieten Sie nicht den SPIEGEL vom 24.11.75, in dem ein Vorabdruck des Buches erschienen ist? Weshalb gehen Sie nicht gegen die Zeitschrift DAS DA vor, in deren Januarausgabe — also nach dem Verbot — ein Viertel des Buches abgedruckt ist? Weshalb ziehen Sie nicht die Zeitschrift KONKRET ein, in deren Februarnummer Heinrich Böll offen und eindeutig für die Verbreitung des Buches wirbt? Weshalb gehen Sie nicht vor gegen die vom Innenministerium des Bundes herausgegebene Zeitschrift PZ Nr. 11, in der das Buch als Lesestoff empfohlen wird? Weshalb verbieten Sie nicht die Karnevalszeitschrift der Münchner Polizei, in deren Werbeteil das Buch als Lektüre für jeden Polizisten angeboten wird? Was sagen Sie dazu, daß bei allen bisherigen Verfahren im Zusammenhang mit der Beschlagnahme, das Ermittlungsverfahren eingestellt wurde oder es zu einem Freispruch kam. So in Saarbrücken und Hannover. In Forchheim hat sogar das Landgericht mit Freispruch entschieden. Wer hier nicht von Willkür spricht, ist mehr als verblendet.

Zum Schluß möchte ich noch auf die Auswirkungen dieses Prozesses für unseren Verlag eingehen. Beginnen will ich wieder mit einem Gedicht von Heinrich Heine:

Es blüht der Lenz, es platzen die Schoten,
Wir atmen die freie Natur
Und wird uns der ganze Verlag verboten
So schwindet am Ende von selbst die Zensur.

Heine hat hier genau unser Problem angesprochen. Es gibt vielfache Möglichkeiten, der Zensur zu widerstehen. Aber in diesem Prozeß geht es um mehr, es geht um unsere wirtschaftliche Existenz. Ich habe mir die Prozeßkosten angesehen, die dem Wagenbach-Verlag und dem Rotbuch-Verlag entstanden sind. Die liegen in einer solchen Höhe, daß wir sie kaum als ein kleinerer Verlag verkraften können. Aber ich hoffe, daß wir auch Mittel und Wege finden, diese Klippe zu überwinden. Es wird sicher viele geben, die uns im Widerstand gegen die „offizielle Volkssouveränität" unterstützen werden, die in den Köpfen bundesrepublikanischer Staatsanwälte und Zensoren nistet und die August Heinrich Hoffman von Fallersleben in einem Gedicht mit gleichnamigem Titel beschrieben hat:

Polizeilich ist erlaubt
Alles zu verschnapsen
Keinem wehrt man überhaupt
durch die Welt zu tapsen.

Lieber hat man doch, daß sie
Wie das Vieh verdummen

Denn es kann das liebe Vieh
Höchstens etwas brummen

Legten Ochs und Esel sich
Auf das Räsonnieren
Ließe man gelegentlich
Sie auch arretieren.

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG ZUM TRIKONT-PROZESS

PARIS (ID) 13. Oktober Wieder wurde ein Verlag der Linken (Trikont München) vor die Gerichte der BRD zitiert. Man wirft ihm die Übertretung des § 88a vor, der jeden mit drei Jahren Gefängnis und hohen Geldstrafen bedroht, der sich „schuldig" macht, eine politische oder literarische Schrift zu veröffentlichen und zu verbreiten, die eine„ Rechtfertigung der Gewalt" enthält. Dieses Sondergesetz, das wieder ein sogenanntes „Gesinnungsverbrechen" qua „literarisches Verbrechen" definiert, reiht sich ein in die Maßnahmen, die ergriffen werden gegen fortschrittliche Lehrende und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes („Berufsverbot") und macht jedweden Mißbrauch möglich.

Heute wird diese Gesetzgebung offen angewendet, um einen Verleger internationalen Renomees mundtot zu machen, dem zudem das Verdienst gebührt, als erster in der BRD Schriften über die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und zur Kritik des Imperialismus veröffenlticht zu haben.

Die Behörden der BRD haben gegen Herbert Röttgen, dem Direktor der Verlagskooperative Trikont, ein Verfahren eingeleitet und beschuldigen ihn des „Verbrechens", „illegalerweise" ein verbotenes und von den bayrischen Justizbehörden beschlagnahmtes Buch von „Bommi" Baumann („Wie alles anfing"), der Biografie eines jungen Mannes, eines „Außenseiters" in der gegenwärtigen westdeutschen Gesellschaft. Mit diesem Prozeß leiten die bundesdeutschen Behörden offensichtlich eine neue Etappe in ihrem antikommunistischen Kreuzzug ein, um jegliche radikale Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen in der BRD zum Schweigen zu bringen. Nachdem eine umfassende Säuberung des öffentlichen Dienstes und der Massenmedien von allen „Verfassungsfeinden" erfolgt ist, geht man jetzt gegen die linken Verleger vor.

Zieht man das umfassende juristischen Unterdrückungsinstrumentarium in Betracht, das dazu dienen soll, die sogenannten „Rechtfertiger der Gewalt" aus dem öffentlichen Leben in Westdeutschland auszuschalten, kann man diesen Prozeß nur in großer Sorge entgegensehen, denn er hat zum einzigen Gegenstand ein literarisches Werk, das in der Zwischenzeit in sieben Sprachen übersetzt wurde und dessen Wiederveröffentlichung von einer großen Anzahl Verleger und Intellektueller unterstützt wurde. In Frankreich, Italien, England, Schweden und der BRD.

Als Autoren und Freunde des Trikont-Verlages protestieren wir aufs schärfste gegen diesen Prozeß und die Unterdrückungsmaßnahmen, die ihm begleiten. Wir meinen, daß dieser Prozeß, der am 14. Oktober in München eröffnet wird, und dem am 25. November letzten Jahres eine brutale Durchsuchungsaktion beim Trikont-Verlag vorausgegangen ist, vor allem ein beispielhaftes Klima der Verunsicherung zu schaffen geeignet ist und die Zensur anderer kritischer Schriften ermöglichen und gleichzeitig Verleger und Autoren dazu veranlassen soll, sich selbst zu zensieren.

Wir versichern den Trikont Verlag und seinen geschäftsführenden Direktor, der auf der Grundlage des § 88a unter Anklage steht, unserer umfassenden Solidarität.

Arno Münster / Regis Debray / Daniel Guerin / Nicos Poulantzas / Charles Bettelheim

FALSCHE AUSKUNFT DER JVA FÜR BESUCHERIN P.P. ZAHLS

WIEN (ID)
11. Oktober

Folgende Dienstaufsichtsbeschwerde erging an den Anstaltsleiter G. Bückner der Justizvollzugsanstalt Ossendorf, Rochusstraße 350 in Köln:

„Ich habe – datiert mit 14. September 1976 – vom Landgericht Düsseldorf eine Besuchserlaubnis erhalten. Es wurde mir erlaubt, Peter Paul Zahl zu besuchen und im Beisein eines Beamten des Landeskriminalamtes eine halbe Stunde zu sprechen. Ich bin österreichische Staatsbürgerin und empfinde die im folgenden beschriebene Vorgehensweise der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf schlicht als Unverschämtheit. Ich bin nicht gewillt, mir solche Repressalien wortlos gefallen zu lassen. Einen Anwalt mit der Angelegenheit zu betrauen, behalte ich mir vor.

Wie mir nunmehr bekannt ist, wurde Peter Paul Zahl am 23.9.76 Strafgefangener. Am 29.9.76 habe ich von Wien aus mit der Anstalt telefoniert, um einen Besuchstermin zu vereinbaren. Man teilte mir mit, ich könne Peter Paul Zahl jederzeit während der Besuchstage Dienstag und Donnerstag besuchten.

Ich bin daher am Montag, dem 4.10. extra aus diesem Grund von Wien nach Köln gekommen. Tags darauf (Dienstag) erfahre ich im „Foyer" der Anstalt um 13 Uhr, daß aufgrund einer im Laufe des Montags aufgetretenen Salmonellenvergiftung die Anstalt unter Quarantäne stehe. Der Beamte fordert mich jedoch auf, am nächsten Tag nochmals anzufragen.

Weiter erkundige ich mich ausdrücklich, ob ein Beamter des Landeskriminalamts denn automatisch da sein wird und erhalte die tröstliche Auskunft: „... es wird schon einer da sein, die wissen ja sowieso bescheid." Ich halte dies jedoch gar nicht für so selbstverständlich (das LKA befindet sich schließlich in Düsseldorf und die JVA in Köln) ... und im Falle der Abwesenheit des LKA-Beamten hätte das Gespräch zwischen Herrn Zahl und mir erst recht wiederum nicht stattfinden können. Antwort: „... dann rufen Sie lieber im LKA an..."

Mittwoch, den 6. Oktober telefoniere ich also mit Herrn Baensch vom Landeskriminalamt. Er erklärt sich prinzipiell bereit, am Donnerstag in die JVA zu kommen, falls die Quarantäne schon aufgehoben ist. (Jemand vom LKA wäre also nicht automatisch dort gewesen!)

Dann weist Herr Baensch jedoch auf folgenden Umstand hin: Meinen Besuch genehmigte das Landgericht Düsseldorf – für den Untersuchungsgefangenen nicht für den Strafgefangenen. Für den Strafgefangenen aber ist die Anstaltsleitung zuständig. Herr Baensch verweist mich an Herrn Anstaltsleiter Bücker und erklärt sich in Hinsicht auf meine Anreise damit einverstanden, daß ich Herrn Zahl am besagten Donnerstag, dem 7. 10. besuche. Er fordert mich auf, dies der Anstaltleitung ausdrücklich zu sagen, was ich auch tue. Nachdem man mich zuerst gar nicht mit der Anstaltsleitung verbinden will, ist dann Herr Bücker nicht anwesend, dafür aber sein Vertreter. Ich erkläre die Situation, immer noch „in der naiven Hoffnung", eine gültige Besuchserlaubnis, die „an sich aber ungültig ist", wieder der Gültigkeit zuzuführen.

Die Anstaltsleitung jedoch erklärt unumstößlich und beharrlich zwei Dinge: die Quarantäne wird laut Seuchengesetz bzw. laut Bestimmung der Gesundheitspolizei – an die sich der Anstaltsarzt halten muß – garantiert erst frühestens am Wochenende aufgehoben. Und: meinem Besuch bei Peter Paul Zahl kann nicht zugestimmt werden –trotz Besuchserlaubnis und trotz Einverständnis von Herrn Baensch – „Peter Paul Zahl darf nur einmal im Monat Besuch haben, und nur Geschäftsbesuche" (?!)

Zweifellos hat mir daher die Anstalt in mehreren Punkten eine falsche, wie ich meine, bewußt falsche, Auskunft erteilt:

a) am 29.9., als ich aus Wien anrief; der Umstand, daß Herr Zahl Strafgefangener ist, mußte zu diesem Zeitpunkt der Anstalt wohl bekannt gewesen sein.

b) am 5.10. inOssendorf, als man mich in Hinsicht auf die Anwesenheit des LKA-Beamten nicht, bzw. erst als ich Zweifel aus drückte, vage aufklärte.

c) am 8.10., als der Vertreter von Herrn Bücker dezidiert erklärte, die Quarantäne würde vor dem Wochenende nicht aufgehoben werden.

Wie ich weiß, ist die Quarantäne tatsächlich bereits an jenem fraglichen Donnerstag, dem 7. 10. aufgehoben worden. Da konnte ich jedoch Besuchserlaubnis bzw. Besuch nicht mehr diskutieren, ich war gerade von Köln abgereist ...

Durch das Verschulden der Anstalt bin ich mehr als 2.000 km gereist, ohne Peter Paul Zahl eine halbe Stunde sprechen zu können. Die Anstalt ließ mich also wissentlich umsonst nach Köln kommen. Ich fordere daher Schadensersatz in Höhe von 300,-- DM (Reise- und Aufenthaltskosten). In Hinsicht auf die dargestellten Fakten ersuche ich um eine Sonderbesuchsgenehmigung, da ich den Schriftsteller Peter Paul Zahl bei mir veröffentliche und mit ihm über seine Texte sprechen möchte. Ich weise nochmals darauf hin, daß von den Honoraren ja auch Frau und Kinder unterhalten werden."

Redaktion „Ventilator", Krista Krumbiegel, Theresianumgasse 10/14, A-1040 Wien.

Anmerkung der Redaktion:
Peter Paul Zahl befindet sich weiterhin im Hungerstreik (ID146). Unter anderem wurde ihm auftrund des Urteils abgesprochen, daß er Schriftsteller sei, und somit die Selbstbeschäftigung abgelehnt. In den deutschen Gefängnissen (und nur dort) wird neuerdings darüber entschieden, wer Schriftsteller sei und wer nicht.

DIE VERURTEILUNG EINES GENOSSEN

MÜNCHEN (ID/BLATT)
21. Oktober

Peter Schult, ein Münchner Genosse, der in der Knastarbeit aktiv ist, beim ‚Blatt', bei der ‚Autonomie' und anderen Projekten mitarbeitet, ist wegen einer scheinbar ‚unpolitischen' Geschichte zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Vor Gericht gestellt war seine Sexualität – das Urteil erging aufgrund fragwürdiger Ermittlungsarbeit und es erging aufgrund einer repressiven Moralordnung. Daß diese vom Gericht nicht hinterfragt wird, kann niemand verwundern. In den Diskussionen um Peter Schult hat sich jedoch gezeigt, daß auch bei Genossen/innen viel Unausgesprochenes und Unbewältigtes dabei mit reingeraten ist. Nachfolgend Prozeßbericht und Stellung nahme vom ‚Blatt':

Es ist einfach unglaublich: Richter Sauter verurteilte Peter am 7.10.76 zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis wegen angeblichen Mißbrauchs eines Kindes. Drei Jahre hatte der SA beantragt, Freispruch Peters Verteidiger. Wir halten dieses Urteil nicht nur für ein krasses Fehlurteil, sondern haben darüber hinaus den Verdacht, daß hier nicht alles mit rechten Dingen zuginge. Passiert ist folgendes:

Am 21.6. traf Peter in der S-Bahn ein Mädchen, das von zu Hause weggelaufen war, erzählte, daß es dort ständig Prügel bekomme (mit der Peitsche!) und nicht mehr zurück könne. Peter nahm sie, weil es schon fast Mitternacht war, mit nach Hause und redete mit ihr. Dort hörte Peter von dem Mädchen das Schicksal eines Kindes, das wohl leider kein Einzelfall ist: der Vater prügelt es ständig, die Brüder probieren ihre pubertierende Sexualität an ihr aus, sie reißt ständig aus und man droht ihr, sie in ein Heim zu stecken. Sie will nicht nach Hause.

Da das Mädchen erzählt, daß die Lehrerin gut zu ihr sei, schlägt Peter dem Mädchen vor, es solle gleich in der Früh zur Lehrerin gehen und mit dieser zu den Eltern. Er gibt ihr eine Decke, sie schläft ein. Am Morgen bringt Peter sie zur S-Bahn und kauft ihr einen Fahrschein, sie verspricht ihm, in die Schule zu fahren. „Wenn alles schiefläuft, können wir uns wieder am Ostbahnhof treffen, vielleicht kann ich oder andere noch etwas für dich tun", verabschiedet sie Peter.

Das Mädchen steigt an der nächsten Station aus und geht zum Ostbahnhof zurück. Es wartet auf Peter. Offenbar hat sie Angst zurückzufahren und erhofft sich Hilfe von Peter, zu dem sie Vertrauen gefaßt hat. Sie wartet zwei Stunden, dann wird sie von der Polizei aufgegriffen. Das Mädchen ist enttäuscht von Peter, macht ihn

wohl verantwortlich, daß sie jetzt zurück muß, vielleicht in ein Heim. „Ich hätte ihn grün und blau schlagen können", schildert sie später in der Gerichtsverhandlung ihre Gefühle Peter gegenüber.

Als die Verhöre der Polizeibeamtinnen beginnen, wittern sie gleich „unsittliche Handlungen", als sie hören, daß das Kind bei einem Mann über Nacht war. „Du hast es erfaßt" sagt das Mädchen und liefert ihnen die unsittlichen Handlungen. Ein paar Tage später wird Peter verhaftet.

Wie uns Peters Verteidiger erzählt hat, muß der SA in solchen Fällen sofort ein Gutachten über die Glaubwürdigkeit des Kindes anfertigen lassen, da es später sehr schwienig ist, festzustellen, ob das Kind gelogen hat oder nicht. Peters SA unternimmt nichts.Auch als der Verteidiger ein Gutachten beantragt, geschieht nichts dergleichen. Im Gegenteil, der SA stellt eine Anklage zusammen und schickt sie an den Richter. Wieder beantragt Peters Anwalt ein Gutachten. Richter Sauter beauftragt den vorgeschlagenen Gutachter Lempp aus Tübingen. Der Gutachter erstellt, nachdem er das Kind gesprochen und getestet hat, ein Gutachten und kommt zu dem Ergebnis, daß eine Falschaussage des Kindes durchaus möglich ist.

Noch am gleichen Tag wird Peter entlassen. Als am 29.9. die Verhandlung beginnt, passiert etwas merkwürdiges. Der gleiche SA, der vorher die Erstellung eines Gutachtens verweigerte, wohl auf den Zeitablauf und die Schwierigkeit, später das Versäumte nachzuholen, vertraute, kam mit einem eigenen Gutachter — Herrn Germanus Gundlich. Obwohl Prof. Lempp einer der bekanntesten Gutachter auf seinem Gebiet ist und von daher ein zweiter Gutachter nicht notwendig und auch nicht üblich ist, wurde Herr Gundlich als Zweitgutachter bestellt.

Stand das Gutachten dieses Gutachters schon vor der Verhandlung fest? Wir möchten es vermuten — obwohl wir wissen, daß wir es nicht beweisen können.

Die Verhandlung nahm ihren Lauf. Die Zeugen bestätigten das traurige Schicksal des Mädchens, von dem uns Peter erzählt hatte. Die Mutter erzählte, das Mädchen „lüge wie gedruckt", stehle und habe oft Schläge bekommen, es habe „große sexuelle Neugierde". Der Vater habe nach dem letzten Ausreißversuch gesagt, er werde sie so schlagen, daß sie nicht mehr stehen könne, wenn sie noch einmal ausreiße. Auch die Lehrerin — viel verständnisvoller als die Mutter — bestätigt diese Dinge.

Das Kind sei zu Hause ungeliebt, meint die Lehrerin, es werde geschlagen, einmal sogar mit dem Elektrokabel. Sie stehl oft, immer, wenn man sie erwische, sage sie die Unwahrheit. Sie suche die Aufmerksamkeit der Umgebung und wolle im Mittelpunkt stehen.

Das Mädchen wurde auch gehört — hierbei war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Aus dem Plädoyer von Peters Anwalt können wir schließen, daß das Mädchen einige Punkte jetzt anders erzählte, Formulierungen der Beamtinnen übernommen hatte: „die Kriminalbeamtin hat gesagt, daß...", „ich mußte der Kriminalbeamtin versprechen, daß..."

Dann kamen die Gutachter, Prof. Lempp meinte, daß das Kind eventuell sexuelle Erlebnisse mit ihren Brüdern oder anderen Männern auf Peter übertragen hat. Motiv könnte sein, daß sie enttäuscht und wütend auf Peter war. Prof. Lempp meinte am Schluß „die Glaubwürdigkeit sei nicht unerheblich eingeschränkt." hätte man ihn eher beauftragt, hätte er es genauer sagen können.
Den SA-Gutachter störte dies alles nicht. Weder, daß er so spät das Kind begutachtete, noch daß er die Akten nicht kannte, keine Tests mit ihm vornehmen konnte, noch daß ein Gutachter, der ihm fachlich turmhoch überlegen ist, zu einem klaren Ergebnis gekommen war. Er erstattete sein Gutachten, wie es wohl von ihm erwartet wurde: „ Das Kind ist glaubwürdig, daran gibt es keinen Zweifel."

Peters Anwalt stellte den Antrag, dieses Gutachten durch einen Obergutachter prüfen zu lassen, bevor man sich ihm anschloß. Außerdem müsse dem Lempp-Gutachten gefolgt werden, da nur er überzeugend war. Der SA hatte sich seinem Gutachter voll angeschlossen und beantragte drei Jahre. Und so geschah es dann. Allerdings müssen die drei Jahre auf 2 Jahre und 3 Monate ermäßigt werden, da Peter ein hartes Leben hatte und dies mildernd zu berücksichtigen sei, meinte Richter Sauter und die Schöffinnen schwiegen dazu, wie schon während der ganzen Verhandlung.

Gleich nach der Urteilsverkündung fand sich ein Rollkommando von 6 Beamten ein. Die hatten wohl schon vorher gewußt, wie das Urteil ausging. Peter wurden die Hände auf den Rücken gefesselt, dies mit solcher Brutalität, daß die Handgelenke ganz blutig waren. Noch am Montag konnte sein Anwalt die verschorften Stellen sehen. In der Haftzelle des Gerichtes warteten schon 10 weitere Beamte auf ihn, die ihn bis auf die Unterhose filzten und dann nach Stadelheim brachten.

Peter selbst hat im Prozeß erzählt, was er von der Anklage hält. Er hat sich zu seiner Homosexualität bekannt und das Verhältnis zu dem 16jährigen Jungen, der mitangeklagt war, eingeräumt.

„Ich akzeptiere nicht ein Gesetz, das es mir verbietet, Beziehungen zu haben mit Jungen, wenn das ohne Gewalt, ohne Ausnutzung von Autorität den gegenseitigen Bedürfnissen entspricht. Mit dem 9jährigen Mädchen habe ich keinen sexuellen Kontakt gehabt und könnte so etwas auch nicht mit meinen Vorstellungen vereinbaren."

DIE LINKE UND DIE MORAL

Wir hatten bisher zum „Fall" Peter Schult, der ständiger Mitarbeiter bei uns ist, geschwiegen. Mit der uns selbst gegebenen Begründung, vor Abschluß des Prozesses könne eine Stellungnahme ihm vielleicht eher schaden als nützen. Jetzt müssen wir festellen, daß das ein frommer Selbstbetrug war, über ein für uns alle so wichtiges Thema wie „Sexualität, Moral und (bürgerliche) Moral" eine offene Diskussion anzufangen. Wir haben geschwiegen (und damit Peter allein gelassen), obwohl jeder von uns abstrakt im Kopf hatte, daß es hierbei auch für uns selbst um ganz entscheidende Fragen ging.

Obwohl jeder, der Peter etwas näher kennt, seit langem weiß, daß er Homosexueller ist, waren viele durch die Beschuldigungen doch so verunsichert, daß sie die Behauptungen von Staatsanwaltschaft und Presse für durchaus möglich hielten. Schlimm ist nicht, daß Peter nicht von allen Seiten mit bedingungslosen Solidaritätserklärungen überschüttet wurde (was er auch sicher nicht gewollt hätte), schlimm ist, daß auch von Genoss(inn)en schon ein Vor-Urteil erfolgte, ohne daß diese sich überhaupt bemühten, die Fakten zu überprüfen. Dann ist es nur noch der logische Gipfelpunkt einer solchen Einstellung, wenn z.B. — wie jetzt geschehen — wir von Frauen aus der Frauenbewegung hören, die empört sind, daß so ein Typ überhaupt noch Artikel bei uns veröffentlichen darf. Hier wird also aus der Tatsache, daß wir bisher geschwiegen haben, ohne nachzufragen der erschreckende Umkehrschluß gezogen, daß dann wohl alle Gerüchte stimmen müßten und so einer dann gefälligst auch aus der Linken ‚rauszusäubern' sei. Hoch lebe die bürgerliche Moral!

Damit das nicht so bleibt, haben wir uns entschlossen, diese Diskussion trotz/gerade wegen aller unserer Schwierigkeiten anzufangen.

Blatt

Die Redaktion der ‚Autonomie' hat sich in ähnlicher Argumentation mit Peter Schult solidarisch erklärt.

PROZESS GEGEN JÜRGEN ROTH WEGEN FRANKFURT-BUCH

FRANKFURT (ID) 21.Oktober

Jürgen Roth hat mit seinem Buch „Zum Beispiel Frankfurt, die Zerstörung einer Stadt" einiges dazu beigetragen, daß über Bodenspekulation, SPD-Politik und Wohnraumvernichtung Konkretes in der Öffentlichkeit bekannt wurde.

Eine Äußerung in dem Buch soll nun gerichtlich untersagt werden. Die Witwe des Besitzers der Häuser Schwindstraße 14–16, Susanne Wiener, will folgendes Zitat verbieten lassen. *„Wiener hat sein Vermögen mit Hilfe krimineller Praktiken vermehrt".*

Bezug genommen wurde dabei auf ein von Wiener bezahltes Rollkommando, daß das Haus Schwindstraße 14 unbewohnbar gemacht hat. Die Witwe Wieners fordert nun für sich und ihre Familie ein Schmerzensgeld von 50 000 DM und Widerruf der Äußerung. Der Prozeß gegen Roth findet in Frankfurt am 29.Oktober statt.

ANGRIFFE GEGEN VERTEIDIGER IN DER URTEILSBEGRÜNDUNG

HAMBURG (ID) 20. Oktober Am 28. September 1976 ging der Prozeß gegen Christa Eckes u.a. mit der Urteilsverkündung durch die Staatsschutzkammer des Hamburger Landgerichts zu Ende. Erwartungsgemäß lagen die Urteile an der Höchstgrenze von § 129 StGB: kriminelle Vereinigung – 5 Jahre (seit September 1976: 10 Jahre).

Die Begründung zu dieser Strafzumessung ist interessant. Es könne nicht der Ansicht der Pflichtverteidiger gefolgt werden, daß hier – wenn überhaupt – nur ein mittlerer Fall anzunehmen sei. Die Justiz habe den § 129 StGB auf „Ringvereine" (gemeint sind Schlägerbanden) und „Zuhälterbanden" und nach dem KPD-Verbot in den 50er-Jahren auf die Mitglieder kommunistischer Ersatzorganisationen angewandt, die nur mit Flugblätter, Plakaten und Leim bewaffnet gewesen seien. Hier habe man es jedoch mit einer viel gefährlicheren kriminellen Vereinigung zu tun, die nur wegen der Wachsamkeit von Polizei und Verfassungsschutz nicht größeres Unheil habe anrichten können.

Zur Legitimation von Strafen bis zur Höchstgrenze greift also die Staatsschutzjustiz 1976 offen zurück auf die brüchtigte Terrorjustiz gegen Kommunisten während der Restaurations- und Remilitarisierungsphase des westdeutschen Kapitalismus.

Bisher beispiellos dürfte es aber sein, daß die Urteilsbegründung mit einem etwa 15minütigen, als „Vorbemerkung" gekennzeichneten richterlichen Angriff auf Verteidiger eingeleitet wurde, die in diesem Prozeß überhaupt nicht verteidigt hatten und nicht aufgetreten waren. Unter Hinweis auf den Ausspruch des zu fünf Jahren verurteilten Helmut POhl„Verteidigung muß Widerstand gegen den Staat sein", versuchte der Vorsitzende F. Ziegler nachzuweisen, daß die Mandatsverhältnisse der gewählten Verteidiger trotz Mandatsniederlegung bzw. -entzug (geschehen schon vor Prozeßbeginn im Januar 1976) auch während der Verhandlung weiter bestanden hätten, die Verteidiger aber in Übereinstimmung mit den Angeklagten nur nicht aufgetreten seien. Ziel der Angeklagten sei es gewesen, den Prozeß zu verzögern, zu verschleppen und zu boykottieren. Bestandteil dieser Prozeßstrategie sei der nur nach außen gerichtete Mandatsentzug gewesen, da das Auftreten der Angeklagten entsprechend ihrem erklärten Ziel nicht so wirkungsvoll erschienen wäre, wenn gewählte Verteidiger tätig gewesen wären.

Ziegler machte also in wirkungsvoller Weise die Verteidiger zu „Kumpanen der Terroristen" – in Übereinstimmung mit der seit längerem praktizierten Prozeßstrategie von Bundesanwaltschaft, bürgerlicher Presse und Justiz: durch den angeblichen Nachweis fortbestehender Mandatsverhältnisse und der Darlegung einer gegen den Staat gerichteten Prozeßlinie der Angeklagten, deren Bestandteil die Weigerung ist, sich zu verteidigen und verteidigen zu lassen, wird behauptet, die gewählten Vertreter hätten sich der Strategie des PRozessboykotts auf Anweisung untergeordnet.

Diese „Vorbemerkung" ist inhaltlich nichts anderes als eine Anklage gegen die Verteidiger, sie hätten auf diese Weise unzulässig eine kriminelle Vereinigung unterstützt. Sie könnte daher Grundlage eins Straf- und Berufsverbotsverfahren der jeweiligen Verteidiger sein, die in diesem Staatschutzverfahren schon vor Beginn der Verhandlung kein Mandat mehr hatten und daher auch nicht verteidigen konnten und nicht verteidigt hatten.

(Es ist zu folgenden Urteilen gekommen: Christa Eckes 7 Jahre, Helmut Pohl 5 Jahre, Margrit Schiller 4 Jahre, 8 Monate, Eberhard Becker 4 Jahre, 6 Monate, Eckehard Blenck 3 Jahre, Ilse Stachowiak und Wolfgang Beer je 4 1/2 Jahre Jugendstrafe, Kay-Uwe Allnach 2 Jahre auf Bewährung.

Urteilsbegründung: Verstoß gegen § 129, gegen das Kriegswaffen- und Waffengesetz, Christa Eckes außerdem noch wegen schweren Raubes).

MÜNCHNER BLATT BESCHLAGNAHMT

Am 21.10. begann die Münchner Polizei das 79. Blatt in den Kiosken der Stadt zu beschlagnahmen. Sie hinterließ Strafanzeigen wegen Verbreitung sittenwidriger Schriften bei den Kioskbesitzern - der inkriminierte Artikel behandelt das Thema Päderastie.

WIEDERAUFNAHME DES PROZESSES GEGEN WOLFGANG QUANTE

BREMEN (ID) 12. Oktober Am 8. November 1976 wird in Bremen der Quante-Prozeß wiederaufgenommen. Quante war im vorigen Jahr in erster Instanz zu viereinhalb Jahren Jugendstrafe verurteilt worden. Ihm wird vorgeworfen, als Mitglied einer kriminellen Vereinigung in einer konspirativen Wohnung Vorbereitungen für Bombenanschläge getroffen zu haben. Das Urteil wurde vom BGH aufgehoben, da sich der Vorsitzende Richter als befangen erwiesen hatte.

Quante befindet sich seit zwei Jahren in Untersuchungshaft. Er wird nicht mit Jugendlichen, sondern mit Erwachsenen in Haft gehalten. Das ist gegen das Gesetz, da Wolfgang Quante bei seiner Verhaftung noch Heranwachsender war, hat er Anspruch auf „erzieherischen Vollzug" der U-Haft in einer Jugend-Justiz-Vollzugs-Anstalt (mit allen „Vergünstigungen"). Das wird ihm versagt mit der Begründung, er sei ohnehin nicht erziehungsfähig. Andererseits aber wurde die Schärfe der Verurteilung (viereinhalb Jahre) damit begründet, an ihm müsse extensiv Erziehung praktiziert werden.

Der Prozeß wird, wie in erster Instanz, wieder in der extra dafür errichteten Turnhalle in der Strafanstalt Oslebshausen stattfinden. Er beginnt am 8. November 1976 um 9.00 Uhr, Ausweise sind mitzubringen. Der Justiz darf es nicht gelingen, durch ihre angeblichen Sicherheitsvorkehrungen die Öffentlichkeit vom Prozeß fernzuhalten.

Kommt zum Prozeß!

Erklärung

BETÄUBUNG STATT OPERATION WEGEN VERMEINTLICHER FLUCHTGEFAHR

HAMBURG (ID) 13. Oktober Enno Schmidt (z.Zt. Anstalt II Hamburg Fuhlsbüttel) befindet sich in Lebensgefahr.

Aus nicht vertretbaren Gründen wird eine dringend erforderliche Operation hinausgezögert, indem eine vermeintliche Fluchtgefahr vorgeschoben wird.

Enno Schmidt war vor vier Wochen Haftverschonung gewährt worden, damit er im UK Eppendorf operiert werden konnte. Vorausgegangen war ein Gutachten des Dr. Stövsand von Mitte August, in dem – wie das Rechtsanwaltsbüro Gebauer, Döddeling, Böddeling mitteilt – drei operative Eingriffe als dringend notwendig befunden wurden:

- eine Kieferrevision und zahnchirurgische Behandlung
- die Öffnung des rechten Gehörgangs (der Verstopfung liegt vermutlich ein Cholesteatom zugrunde, das lebensbedrohlich ist) und
- die Entfernung von zwei Nägeln aus den Oberarmknochen.

Vor der Operation war Enno geflohen, hatte sich aber nach drei Tagen wieder freiwillig in der Anstalt zurückgemeldet. Die Presse hatte damals als Fluchtgrund „panische Angst vor der Operation" angenommen. Das war allerdings eine sehr begründete Angst, wie wir nachträglich von Enno erfuhren:

In der Klinik wurde Enno zufällig Zeuge eines Gesprächs zwischen dem behandelnden Arzt und dem Narkosearzt. Dieser äusserte die Befürchtung, daß Ennos Kreislauf eventuell schon zu schwach für eine Operation sei, und die Gefahr eines Herzstillstandes bestünde. Da der zuständige Arzt dieses Risiko in Kauf nehmen und dennoch operieren wollte, sah Enno seine einzige Möglichkeit in der Flucht. Er meldete sich sofort in der Anstalt zurück, um zu zeigen, daß es ihm nicht um eine „Flucht" (Die schon wegen seines gesundheitlichen Zustandes unmöglich wäre) sondern um die Bewilligung der für ihn notwendigen Haftverschonung geht. Nachdem die Anstalt ihm eine weitere fachärztliche Behandlung zugesagt hatte, kehrte er nach Fuhlsbüttel zurück, dort waren diese Versprechungen aber schnell wieder vergessen. Man erkärte sich nur noch bereit, den schwerkranken Mann in Handschellen zu weiteren Untersuchungen zu führen.

Inzwischen hat sich ein weiteres Leiden, das auch schon in dem oben genannten Gutachten beschrieben worden war, rapide verschlimmert. Bei einem Besuch in der Anstalt II am Sonnaben,dem 2.10.76 berichtet Enno Schmidt sinngemäß: er werde zur Schmerzlinderung mit Medikamenten „vollgepumpt", die Tabletten und Betäubungsspritzen werden von Sanitätern , und wenn diese nicht anwesend sind, von Mitgefangenen verabreicht, da eine ärztliche Betreuung nur sporadisch an drei Vormittagen stattfinde.

Enno bekam u.a. regelmäßig Augentropfen, die für die Heilung seines Augenleidens dringend erforderlich sind. Am 30.9,76 wurden ihm von den diensthabenden Sanitätern nicht etikettierte Tropfen übergeben. Enno wies darauf hin, daß nur das ihm vertraute Medikament verläßlich wirkt, mußte sich jedoch mit der unbekannten Flüssigkeit zufriedenstellen. Die Einträufelung dieses Medikaments am selben Tag verursachte ein starkes Brennen, Schmerzen und Ausfluß von Eiter. Enno Schmidt vermutet ein Vertauschen bzw. die Aushändigung eines falschen Medikaments und befürchtet weitere Fehlausgaben von Arzneimitteln durch Personen, ohne ausreichende Fachkenntnisse. Bei seinem Gesundheitszustand sei eine Fahlbehandlung oder das Verabreichen eines falschen Medikaments lebensgefährdend.

Einer von ihm geforderten Untersuchung der Medikamentenausgabepraxis, insbesondere der ihm ausgehändigten Augentropfen, wurde von der Anstaltsleitung nicht stattgegeben, obwohl diese doch im Interesse der Anstalt sein müßte. ZU einer am nächsten Tag (1.10.) erforderlich gewordenen Behandlung des rechten Auges beim Notdienst im Barmbeker Krankenhaus wurde er trotz seines lebensbedrohlichen Gesundheitszustandes gefesselt geführt.

Enno Schmidt, dessen Befinden sich zusehends verschlechtert, wünscht diese Veröffentlichung und Benachrichtigung der Presse, da er berechtigt um sein Leben fürchtet. In seinem letzten Brief vom 10.10.76 schreibt er: „Mir geht es von Tag zu Tag immer schlechter, ich gehe abends mit dem Gefühl zu Bett, morgens nicht mehr aufzuwachen." Es ist zu befürchten, daß man ihn indirekt dafür strafen will, daß er sich die erheblichen Verletzungen bei seiner Dachbesteigung 1972 zuzog, die zum Ausgangspunkt der damaligen Gefangenenrevolte wurde. Bis heute hat er sich von seinen Verletzungen nicht erholt. Im Gegenteil: seit ca. einem Jahr befindet Enno sich fast ständig in Lebensgefahr.

Hier den starken Mann spielen zu wollen, steht der Justiz wahrlich schlecht zu Gesicht. Dieser Gefangene hat noch ca. 8 Jahre K ast vor sich . Er ist körperlich zum Wrack geworden, obwohl — nach den Buchstaben des Gesetzes — auch ein Gefangener das Recht auf körperliche Unversehrtheit hat. Wir — die Ehefrau, die Kinder und die Schwester von Enno Schmidt — fordern die sofortige Haftverschonung und gewissenhafte fachärztliche Behandlung!

Ursula Schmidt
Veneta Schmidt

ANMERKUNGEN ZUR ERKLÄRUNG

Das I.K.Arbeiterhilfe und das Medienzentrum Fuhlsbüttel (MEFU) unterstützen die Presseerklärung der Angehörigen des Gefangenen Enno Schmidt. Wir haben für sie die Verbreitung derselben übernommen.

Auf Befragung erklärte der Arzt, Dr. Stövsand, der Enno Schmidt untersucht hatte, uns am Donnerstag, dem 14.10.76, daß er den in der Universitätsklinik vor ca. vier Wochen vorgeschlagenen operativen Eingriff am rechten Gehörgang für erforderlich hält. Dieser könne nur in einer dafür eingerichteten Spezialklinik erfolgen, die auch die Möglichkeit der fachärztlichen Nachbehandlung bietet.

Der von Herrn Stövsand vorgelegte ärztliche Bericht ist — im juristischen Sinne — kein Gutachten, da nicht gerichtlich angeordnet, sondern von seiner Anwältin in Auftrag gegeben.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe e.V., c/o Theis, Methfesselstr. 41
2000 Hamburg 19, Tel. 040/4 91 28 49

TEILERFOLG IM EHRENGERICHTSVERFAHREN GEGEN RECHTSANWALT REINHARD

HAMBURG (ID) 19. Oktober — Am 5. Oktober begann in Hamburg das Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Reinhard. Laut Informationen in der bürgerlichen Presse wurde er angeklagt, weil er u.a. geäußert haben soll, „daß er nicht direkt an der Beute aus Banküberfällen beteiligt worden wäre".

Diese Lügen, die sich allesamt auf die Aussagen des Kronzeugen Bodeux stützen, waren das Einzige, was in der Presse zu lesen war. Tatsache ist, daß das Berufsverboteverfahren gegen Reinhard Teil der Kampagne gegen fortschrittliche Anwälte ist. Zu dieser Kampagne gehören die Gesetze zur Einschränkung politischer Verteidigung von 1975 genauso wie das bereits ausgesprochene Berufsverbot gegen den Hamburger Rechtsanwalt Groenewold und 40 bis 60 Ehrengerichtsverfahren, die im Augenblick gegen linke Anwälte laufen.

Im Verfahren gegen Rechtsanwalt Reinhard konnte von der Verteidigung ein Teilerfolg erzielt werden, indem der Prozeß bis Mitte Januar 1977 ausgesetzt werden mußte und der Verteidigung in diesem Zeitraum 18 Bände Material, das angeblich Reinhard belastet und das ihr bislang vorenthalten wurde, ausgehändigt werden muß. Das Berufsverboteverfahren gegen Reinhard zeigt, wie notwendig die Schaffung einer linken Gegenöffentlichkeit in der BRD ist. Die Gleichschaltung der bürgerlichen Presse in der BRD hat bereits ein Ausmaß erreicht, wie es nur noch im faschistischen Spanien denkbar ist.

(aus einem Flugblatt der öffentlichen Arbeitsgruppe gegen politische Unterdrückung in der BRD, weitere Informationen und Termine von Treffen über: Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH), c/o Theis, Methfesselstr. 41, Hamburg 19, Tel. 49 128 49.)

ISOLATIONSHAFT IN BADEN-WÜRTTEMBERG AM BEISPIEL BRUCHSAL

BRUCHSAL (ID) 20. Oktober — Seit Jahren sitzt Siegfried Knutz im Bruchsaler Sondertrakt, der duch eine schallisolierte Dekke sowie eine vordere Trennwand mit Gitter- und Stahltüren vom übrigen Flügel angesondert ist. Maschendraht vorm Fenster, „Beruhigungs"-Zelle gegenüber. Dreiundzwanzigeinhalb Stunden am Tag ist Siegfried auf Zelle, dreißig Minuten hat er Einzelhofgang. Freizeit: keine außer einmal pro Woche Kino oder Fernsehen unter Bewachung (samstags vor- oder nachmittags). Jeden Tag wird die Zelle gefilzt. Vor und nach jedem Besuch wird Siegfried durchsucht — was aber inzwischen relativ selten vorkommt, da zur Zeit offenbar eine Besuchssperre über ihn verhängt wurde: mit Ausnahme seiner Mutter darf ihn momentan niemand besuchen — andere Leute werden von der Vollzugsanstalt „nach den Vollzugsbestimmungen nicht zum Besuch zugelassen", da nach amtlicher Ansicht „Besuche durch Sie als nicht geeignet anzusehen sind, zur Erreichung des Vollzugszieles beizutragen und positiv auf Herrn Knutz einzuwirken". Das auf diese Weise implizit definierte Vollzugsziel ist also die körperliche und geistige Vernichtung des Gefangenen, die Zerstörung seiner menschlichen Identität. Wie lange der vereinzelte Gefangene dem widerstehen kann, ist ungewiß — mancher ist in Bruchsal schon gebrochen worden. Beispielsweise der Italiener Bruno Maggio, der sich Ende August nach seiner Isolierung (zum dritten Mal in seiner Haftzeit) in verzweifelter Aktion gegen Vollzugspersonal zur Wehr setzte. Seine eigentliche Strafzeit wäre im November um, aber so bald wird ihn der Justizapparat nicht entlassen; ein weiteres Verfahren (wegen schwerer Körperverletzung) wurde gegen ihn eingeleitet. Die Vermutung, die für die tatsächlichen Haftbedingungen Verantwortlichen würden ebenfalls zur Rechenschaft gezogen, ist natürlich blanke Illusion — stattdessen dürfen sie sich weitere Schikanen ausdenken. So wurde über Siegfried jetzt auch eine teilweise Postsperre verhängt, seine Brief-partner werden irgendwo registriert; die Besuche seiner Mutter überwacht ein Kripo-(!)Beamter, so daß ein persönliches Gespräch praktisch unmöglich ist. Besuchserlaubnis wird so zum Schein, der die brutale Wirklichkeit verbergen soll, unter der Siegfried lebt, und die ist: Isolationshaft.

BOMBEN-ATTENTAT AUF KAUSSEN

KÖLN (ID) 1. Oktober

In der Nummer 10 der „Mieter-Zeitung" (Organ des Deutschen Mieterbundes e.V.) wird über den Anschlag auf den Spekulanten Kaußen berichtet:

„Am Donnerstag, dem 16. September 1976, ist in Köln auf den sogenannten „Althaus-König" Günter Kaußen, dem wohl größten privaten Althausbesitzer der Bundesrepublik, ein Sprengstoffattentat verübt worden: um 16.33 Uhr explodierte vor der Tür seines Büros in der 4. Etage seines Bürohauses an der Neusser Straße eine Bombe. Sie riß ein Loch in den Fußboden, zertrümmerte den Fahrstuhl, riß Türen und Fenster aus ihren Angeln. Hauswände drohten einzustürzen. Zur Tatzeit befanden sich nur Kaußen selbst und seine Frau in dem viergeschossigen Haus, das Ehepaar blieb jedoch unverletzt. Die Bombenleger konnten unerkannt entkommen.

Durch die starke Explosion wurden die angerenzenden Häuser in ihren Grundmauern erschüttert. Schaufensterscheiben in angrenzenden Geschäften drohten zu bersten. Ein Großaufgebot der Polizei und Feuerwehr, die vorsorglich mit ihrem Katastropheneinsatzbus zur Unglücksstelle gekommen waren, sperrte die gesamte Neusser Straße, eine der Haupteinfahrtsstraßen von Köln, ab. Die Sprengstoffspezialisten der Kölner und der Landeskriminalpolizei untersuchten den Tatort.

Über die Größe der Bombe, ihr Versteck, ob sie über Zeitzünder zur Explosion gebracht wurde — all das ist bis zum Redaktionsschluß noch ungeklärt. Bereits vor einem Jahr war in Kaußens Haus schon einmal eine Bombe explodiert.

Zu einer Schlägerei kam es, als Reproter der Kölner Zeitungen mit Einverständnis der Polizei das Haus betreten wollten, um die Verwüstungen im Haus selbst zu fotografieren. Als Kaußen und seine Angestellten, mit denen er im dunklen Flurraum links neben der Eingangstür gestanden hatte, die Presseleute bemerkten, stürzten sie sich auf sie, einem der Fotografen wurde die Kamera entrissen, zu Boden geworfen, das Blitzgerät abgerissen und zerstört. sowie der Film aus der Kamera entnommen. Einen anderen Fotoreporter riß einer von Kaußens Männern an den Haaren. Damit bestätigt sich einmal mehr die Publizitätsfeindlichkeit Kaußens, der lieber im Dunklen seine Geschäfte macht.

Günter Kaußen, 47 Jahre alt, Diplomkaufmann und Steuerbevollmächtigter, gehören im Bundesgebiet schätzungsweise über 50.000 Altbauwohnungen, vor allem in Köln, Essen, Berlin, Hamburg, Unna, Kamen, Bergkamen, Düsseldorf und Osnabrück, wo er den örtlichen Mietervereinen kein Unbekannter ist. Er ist vor allem durch Ausbeutung von Gastarbeitern groß geworden, bewohnt völlig zurückgezogen das gesamte Dachgeschoß des Hauses, in dem die Explosion stattfand — eine fast 20 Zimmer große Wohnung mit Dachgarten, die nach außen hin durch riesige Sichtschutzblenden aus Glasbausteinen hermetisch abgeriegelt ist. Das Haus ist für Millionen DM zu einer Art Festung ausgebaut. Er ist von abgerichteten Hunden und Leibwächtern umgeben, da er in ständiger Angst lebt.

Kaußen hat also offensichtlich nicht nur Feinde, die ihm — wie der Deutsche Mieterbund — in Schriftsätzen und Prozessen den Kampf ansagen und mehrfach gegen ihn gewonnen haben, sondern auch Feinde, die ihm nach dem Leben trachten. Inzwischen hat sich eine Terroristenorganisation „Revolutionäre Zelle" zu diesem Bombenanschlag bekannt."

DER KONTAKTBEREICHSBEAMTE KOMMT

KARLSRUHE (ID) 21. Oktober

Um auf die stillschweigende Einführung des Systems der ‚Kontaktbereichsbeamten' (KoBs) hinzuweisen, wurden in Karlsruhe Flugblätter verbreitet, die sehr offiziell mit „Stadt Karlsruhe" überschrieben waren; darunter stellte sich ein „Amt für Bullenüberwachung" vor. In dem Brief an die „Mitbürgerinnen und Mitbürger" heißt es:

„Blockwarte / KoBs sollen uns durch freundliche Mienen und Tratsch zur Mitarbeit bei ihrer Bespitzelung gewinnen und dabei den MP-Bullen, vor dem wir Angst kriegen, aus dem Blickfeld verdrängen.

Alles, was die KoBs beim Tratsch mitkriegen, wird im Bundeskriminal-Computer gespeichert. Und was da gespeichert wird, wird g e g e n uns verwendet. Weswegen Bullen und auch Kontaktbullen nicht unsere Freunde und Helfer sind, sondern unsere Überwacher."

„EIN LEHRER, DER EINE BOMBE BASTELT, IST FÜR DEN LEHRERBERUF UNGEEIGNET"

FRANKFURT(ID) 21. Oktober

Am 30.09.76 endete der Prozeß des Lehrers Lutz Meyer mit einem Freispruch (ID 145).

Schon das Plädoyer des Staatsanwaltes hatte klar gemacht, daß es hier um ein Gesinnungsurteil ging. Aufgrund seiner Prozeßerklärung forderte SA Ronimi 3600 DM Geldstrafe, da der Angeklagte klar als Verfassungsfeind, der die Welt mit Bomben verändern wolle, zu erkennen gegeben habe.

Diese Argumentation wurde jetzt vom Regierungspräsidenten in Darmstadt übernommen. In den Ferien erhielt L.Meyer die Ankündigung seiner Entlassung aus dem Schuldienst:

„Sehr geehrter Herr Meyer!
Nachdem mir nunmehr die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Main) vorliegt, habe ich die Absicht, Sie aus dem Beamtenverhältnis auf Probe zu entlassen, da Sie sich in der Probezeit nicht bewährt haben. (§ 42 Abs. 1 HBG).

Hierfür sind insbesondere folgende Tatsachen maßgebend:
Nach Ihrer Einlassung haben Sie eine Sprengkörperanlage gebaut, weil es Sie interessiert habe, ob Sie selbst einen Sprengsatz herstellen könnten. Den Sprengsatz hätten Sie im freien Gelände ausprobieren wollen. Im übrigen sähen Sie im Hinblick auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Südafrika und Spanien, die Verlegung zweier Spezialdivisionen der US-Armee nach hier, den radikalen Erlaß sowie die Schaffung neuer Gesetze in laufenden Prozessen bedenkliche Entwicklungen und gefährliche Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland. Auch wenn Sie nicht behaupten wollten, daß zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland eine Situation bestünde, die zu Sprengstoffanschlägen nötige, sei es andererseits nie zu spät, sich auf die zu erwartende Situation einzustellen. So hätten Sie z.Bsp. aus Feuerwerkskörpern Schwarzpulver entnommen, weil Sie nicht sicher seien, daß es später noch Schwarzpulver gäbe.

Nch § 42 Abs. 2 HBG kann der Beamte auf Probe entlassen werden, wenn er sich in der Probezeit nicht bewährt hat (insbesondere Eignung, Befähigung, fachliche Leistung).

Das Probebeamtenverhältnis dient der Ableistung einer Probezeit für die spätere entgültige Bindung im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit. In dieser Zeit muß der Beamte sich bewähren, er muß also nachweisen, daß er die Erwartungen, die bei der Einstellung in ihn gesetzt worden sind, erfüllen wird; andernfalls kann er entlassen werden.

Ein Lehrer, der eine Bombe bastelt und die Herstellung einer Bombe in der oben dargelegten Weise motiviert, ist für den Lehrerberuf ungeeignet. Der Lehrer trägt die unmittelbare pädagogische Verantwortung für die Erziehung und Bildung der Schüler. Der durch Verfassung und Gesetz erteilte Bildungsauftrag ist nicht nur ein Programmsatz, sondern bindende rechtliche Verpflichtung. Dieser Erziehungsauftrag endet nicht an der Schultür; er durchwirkt vielmehr die permanenten Beziehungen zwischen Lehrer und Schüler. Er verpflichtet den Lehrer, auch außerdienstlich sein Verhalten so einzurichten, daß die Erziehung der Kinder nicht beeinträchtigt wird und außerhalb des Dienstes der Achtung und dem Vertrauen gerecht wird, die der Beamtenberuf, insbesondere die Wahrnehmung seiner Erziehungsaufgaben, erfordert.

Nichts fördert den Erziehungsauftrag mehr, als ein gutes beispielhaftes Verhalten des Lehrers. Nichts beeinträchtigt die Erziehungsaufgabe in der Schule, wie in der Familie, stärker, als ein schlechtes

vorgelebtes Beispiel. Ein Lehrer, der gefährliche Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland aus den dargelegten Beispielen sieht und deshalb Bomben bastelt und deren Funktionsfähigkeit prüfen will, lebt den Schülern ein schlechtes Beispiel vor. Er hat nicht die rechte Einstellung zum Staat, die sein Dienstverhältnis erfordert. Außerdem fehlt ihm die erfoderliche Reife, seinen Erziehungsauftrag durchzuführen; er ist für den Lehrerberuf ungeeignet.

Hinzu kommt, daß Sie in einem am 19.2.1973 verbreiteten Flugblatt „Warum wir Lehrer streiken" zu einem „Streik" aufgerufen und mit einem am 26.2.1973 ausgebenen Flugblatt öffentlich die Fortsetzung des Streiks gefordert hatten. Dieses pflichtwidrige Verhalten, das im Disziplinarwege mit einer Geldbuße von 100.- geahndet wurde und — für sich allein betrachtet — für eine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis nicht ausreichte, wirft jedoch ein bezeichnetes Bild auf Ihre innere Einstellung von damals, die sich bis heute offensichtlich nicht gewandelt hat. Insoweit handelt es sich, da die Disziplinarstrafe noch nicht getilgt ist, ebenfalls um ein verwerfbares Verhalten.

Sie haben Gelegenheit, sich hierzu schriftlich zu äußern. Ich setze Ihnen dazu eine Frist bis zum 1. November 1976. Sollten Sie an einer persönlichen Anhörung Interesse haben, bitte ich innerhalb dieser Frist mit dem Unterzeichneten fernmündlich einen Termin zu vereibaren.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage: Petri"

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG DER KOLLEGEN

„Die Gesamtkonferenz der Kreuzburgschule Klein-Krotzenburg gibt zur Beabsichtigten Entlassung des Kollegen Meyer aus dem Schuldienst folgende Stellungsnahme ab:

1. Die auf der Grundlage der Anklageschrift gegen den Kollegen Meyer erhobenen Vorhaltungen sind mit dem ergangenen Freispruch durch das Amtsgericht Frankfurt/Main als gegenstandslos anzusehen. So erwiesen sich insbesondere die Vorwürfe bezüglich des Verstosses gegen das S rengstoffgesetz als juristisch nicht haltbar. Daher muß die Nichtberücksichtigung des gegen Herrn Meyer ergangenen Urteils auf Freispruch und die damit in Ihrem Schreiben erfolgte Vorverurteilung, die jeglichen rechtsstaatlichen Prinzipien widerspricht, zurückgewiesen werden.
2. Die in Ihrem Schreiben vom 27.o9.1976 vorgebrachten Zweifel an der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung des Kollegen Meyer in Verbindung mit dessen persönlicher Einschätzung politischer Entwicklung halten wir aus folgenden Gründen für unzutreffend:
   a) Die fachliche Qualifikation und Befähigung des Kollegen Meyer wurde zuletzt durch das mit Auszeichnung bestandene 2. Staatsexamen bestätigt und seitdem nicht widerlegt.
   b) An den vom Kollegen Meyer geäußerten Befürchtungen hinsichtlich rechtsstaatgefährdender Tendenzen kann nicht die Eignung eines Pädagogen bezüglich seiner Bereitschaft, seinen Erziehungsauftrag wahrzunehmen, gemessen werden.
3. Die Mitbeteiligung an einem Streikaufruf darf nicht verkehrt werden in eine beabsichtigte Zerstörung „staatlicher Ordnung", sondern muß als Engagement im Rahmen demokratischer Interessewahrnehmung angesehen werden.
4. Seit seinem Eintritt in das Kollegium der Kreuzburgschule kennen wir Herrn Meyer als pädagogisch engagierten und hilfsbereiten Kollegen.

Aus den genannten Gründen fordert das Kollegium der Kreuzburgschule die Rücknahme der beabsichtigten Entlassung des Kollegen Meyer. Wir bitten um baldige Stellungsnahme."
(Das Abstimmungsergebnis: 25 dafür, 2 dagegen, 8 Enth.)

FEST UND SELBSTDARSTELLUNG DES SPANISCHEN KULTUR KREISES

ESSEN (ID)
19. Oktober

Am 28. November veranstaltet der spanische Kulturkreis in der Essener Grugahalle ein großes Fest. Über die Arbeit des Kulturkreises und die geplanten Aktivitäten gibt der Bericht Auskunft:

„Gegründet wurde der Spanische Kulturkreis 1970 von spanischen Arbeitern als Alternative zu den Spanischen Zentren der Kirche, die vollkommen unter der Kontrolle der spanischen Mission und damit auch des spanischen Staates stehen. Das Ziel des Kulturkreises war es von Anfang an, allen Arbeitern, ausländischen und deutschen die Möglichkeit zu geben, ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu finden. Ein wesentlicher Aspekt war, zu versuchen, die Schranken zwischen den ausländischen und deutschen Arbeitern hier abzubauen.

In den 6 Jahren seines Bestehens hat sich der Spanische Kulturkreis zu einem Treffpunkt deutscher und ausländischer v.a. spanischer Arbeiter und Jugendlicher entwickelt. Neben kulturellen und informativen Veranstaltungen haben sich innerhalb des Kulturkreises Gruppen und Komitees gebildet, die einmal aktuelle Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Wohnungssituation, Fahrpreiserhöhungen, Schulproblematik und ähnliches aufgreifen, die Solidaritätsarbeit mit Chile Portugal, Spanien usw. machen oder die sich mit einer ganz besonderen Betriebsproblematik wie Krankenhaus, Apotheke, Druckbetriebe usw. befassen. Weiter existieren feste Einrichtungen, wie Rechts- und Gesundheitsberatung und Schulhilfe für spanische Kinder.

Der Kulturkreis wird, mit allen Schwierigkeiten, die wir dabei haben, selbst verwaltet. Diese Tatsache hat es von Anfang an unmöglich gemacht, finanzielle Hilfe von irgendeiner Seite, von Kirche oder Staat zu erhalten, denn an solch eine Hilfe werden immer Bedingungen geknüpft, die wir nicht bereit waren zu erfüllen, weil uns Unabhängigkeit und Eigeninitiative wichtiger sind als Geldmittel.

Unabhängigkeit und Selbstverwaltung bedeuten für uns aber auch ganz konkrete Kosten, nämlich runde 13000 DM im Monat um den Kulturkreis am Leben zu halten. Wir versuchen die Kosten mit einer Kneipe, einer Diskothek, Spenden und Beiträgen zu decken. Trotz aller Anstrengungen befinden wir uns laufend in einem Zahlungsdefizit von fast 20000,— DM. Dieses Problem brachte uns auf den Gedanken, ein großes Solidaritätsfest zu veranstalten, um endlich mal für ein Jahr alle Sorgen los zu sein.

Um dieses Ziel wirklich zu erreichen, mußten wir uns damit befassen, ein Fest für Tausende zu organisieren, und das bedeutete für Essen, sich für die Gruga-Halle zu interessieren. Inzwischen ist die Veranstaltung in der Gruga-Halle genehmigt worden. Das bedeutet, daß wir versuchen müssen, 8 — 10000 Menschen zu bewegen, die zu diesem Fest kommen und das Fest auch für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit benutzen.

Uns wurde erst bei der Diskussion des Festes richtig klar, welche Bedeutung und Funktion dieses Fest haben könnte. Die Funktion nämlich, alle Initiativen, die unabhängig von Staat und Parteien angefangen haben, ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen, weil sie davon betroffen sind, alle diese Initiativen zusammenzubekommen, um sich überhaupt einmal kennenzulernen um zu wissen, daß man nicht alleine steht, um zu wissen, woher Solidarität kommen kann, wenn man sie braucht.

Gleichzeitig und unabhängig von dem Geschehen auf der Bühne sollen im Saal Informationsstände von allen möglichen Initiativen aufgebaut werden. Wir haben dafür Bürgerinitiativen, Jugendgruppen, Betriebsgruppen u.ä. aus dem Raum Köln übers Ruhrgebiet bis Münster angesprochen und sie eingeladen, hier ihre Problematik darzustellen und öffentlich zu machen. Es steht dabei jedem frei, Filme Dias, Wortbeiträge u.a. vorzubereiten.

Um 18.oo Uhr soll dann ein gemeinsames Programm auf der Bühne beginnen. Sänger, Schauspieler, Theatergruppen, Musikgruppen, Schriftsteller aus der BRD und Portugal und Spanien haben ihre Unterstützung zugesagt, u.a. Heinz Brand, Erich Fried, die Geschwister Para, Quintin Cabrera, Marcos Velasquez, José Alfonso, Klaus, Toni, Eck, Walter Mossmann und viele andere.

Zwischen dem kulturellen Programm sollen zu den verschiedenen Problemen (Stadtteil — Jugendliche — Innere Sicherheit) Texte gebracht werden, die allerdings in Anbetracht der Tatsache, daß alle Gruppen an den Ständen ausgiebig informieren können, kurz sein werden. Gruppen, die sich bei dem Fest mit Informationsständen oder sonstwie beteiligen wollen, können sich mit dem spanischen Kulturkreis, Kibbelstraße 12, Essen in Verbindung setzen.

SCHWARZSENDEN: 'AB JETZT SO EINE ART VOLKSSPORT'

BERLIN (ID) 20.Oktober

Nach kurzer Pause meldet sich der Piratensender Unfreies Westberlin (PUW) bei seinen Mitarbeitern. Text des Flugblattes:

„Seit ca. einem 3/4 Jahr hat der Piratensender Unfreies Westberlin in unregelmäßiger Folge Sendungen zu verschiedenen Themen wie BVG, Jugendarbeitslosigkeit, Senatsgutscheine etc. gemacht. Wir haben auf 93 MHz UKW gesendet und immer so die zentralen Bezirke von Berlin erfaßt. Ein Sender ist hochgegangen (Da haben die Bullen saumäßiges Schwein gehabt); der neue Sender ist dafür noch besser.

Anscheinend sitzen ja nun einige Genossen ständig vor ihrem Radio und kurbeln sich die Finger wund, um den PUW zu hören. Tut uns leid, daß sie so lange nichts mehr von uns gehört haben. Aber es gibt da — außer den üblichen Verzögerungen, Urlaub usw. — einige prinzipielle Schwierigkeiten, um 'ne ordentliche PUW-Sendung zu machen. Klar, ein Band voll Musik zu spielen, und dann abzustrahlen ist nicht das Problem, das haben wir jetzt im Griff. Womit wir manchmal Schwierigkeiten haben, ist der Stoff!

Wir sind nicht so viele, daß wir in allen Sachen, die so laufen, drinstecken und dann die brandheißen Stories bringen können. Bisher haben wir viele Sendungen aus unseren Köpfen und aus linken Zeitungen bestritten. Dann kommen aber so Einwände wie: „Stand doch schon alles im Info" oder „war viel zu viel Musik drin". Da habt ihr recht. Das sind auch genau die Sachen, die wir selbst kritisieren. Wir können nicht ständig im eigenen Saft schmoren, es müssen häufiger Schwarzsendungen laufen, in denen aktuelle und sonst unterdrückte Sachen gebracht werden. Dazu haben wir uns ein paar Vorschläge überlegt:

1. *Plakat- oder Flugblattaktion, damit der PUW auch in die Köpfe der Leute kommt, die nicht BUG—Info oder Extra-Dienst lesen. (Dann wären auch wiedergegebene Sachen aus dem Info sinnvoll.)*
2. *Andere Gruppen sollten Tonbandkassetten besprechen, die dann irgendwie zu uns kommen, so wie die Sendungen über die falschen BVG-Fahrkarten und die falschen Senatsgutscheine, die wir echt dufte fanden.*
3. *Andere Leute sollten selber Sender bauen und betreiben. Dann gibt es öfter Sendungen, und die Bullen schnappen uns nicht so leicht.*

Die letzten beiden Sachen sind natürlich nicht so einfach. Für die Bänder von anderen Gruppen können wir ja schlecht 'ne Adresse angeben, dann säß da die ganze Zeit so'n unauffälliger Typ vorm Briefkasten.

Ein paar Schweizer Genossen, die auch einen Schwarzsender betreiben, machen da einen ganz guten Vorschlag: Wer 'ne Sendung fertig hat, kopiert sie auf so 5 Kassetten, die gibt er dann einem befreundeten Genossen/einer befreundeten Genossin, die geben sie einem anderen usw. Bis eine Kassette dann bei jemandem landet, der PUW-Typen kennt oder selbst einer ist. Das müßte eigentlich funktionieren! Die Gefahr, von den Bullen wegen der Sendung angemacht zu werden, ist eigentlich ziemlich klein. Da ihr die Sendung nicht abstrahlt, macht ihr ja auch nix verbotenes. Wenn jemand Angst haben muß, wegen der Sendung aus seinem Job zu fliegen, sollte er seine Stimme verstellen oder jemand anderes sprechen lassen. Beschränkt euch mal auf 10 - 15 Minuten, da kriegt man 'ne ganze Menge drin unter, und der Sender geht nich so leicht hoch.

Noch besser wär' natürlich, wenn mehrere PUW's laufen würden. Dann wär die Chance, daß eine Kassette an die richtige Adresse gelangt, natürlich größer. Wir sind deswegen dabei, einen Sender zu entwerfen, der billig ist und leicht nachgebaut werden kann. Wenn's so weit ist, bringen wir mal nen ausführlichen Bauplan mit allen Angaben raus. (PUW-Hobby-Set).

Also macht Sendungen in euren Gruppen und bringt sie massenhaft unter die Leute."

Zusatz zur Interpretation des Fernmeldegesetzes: Der, Spiegel' veröffentlichte vor kurzem einen Bericht über massenhaftes Schwarzsenden an der Grenze zu den Niederlanden. Darüber, was als ,harmlos' angesehen wird und was nicht, siehe folgende Zitate:

„Für die Leute da oben ist das geradezu ein Volkssport", meint Günter von Boscamp vom Fernmeldetechnischen Zentralamt in Darmstadt, und daß die Amateure ganz und gar bei der Sache sind, bestätigt auch die holländische Post. „Wenn wir einen Sender aus dem Äther geholt haben, " so ein Beamter, „sind gleich zwei neue da." (...)

Politisch gelten die Störenfriede ohnedies als „völlig harmlos"; eine Intensivsuche wie in Berlin, wo vor kurzem ein Dutzend Spezialisten mit Peilgeräten ausschwärmte, um einen Polit-Sender aufzuspüren (und ihn auch ortete), scheint der Post im westdeutschen Grenzraum nicht angebracht. (...)

„Spielen lassen, spielen lassen", lautet die Darmstädter Devise, „eines Tages werden die übermütig und bleiben zu lange in der Luft".

DER ROTE PUNKT

BERLIN (RADIKAL/ID) 19. Oktober

Der rote Punkt ist in Vergessenheit geraten. Wir wollen nicht untersuchen warum, sondern uns dafür einsetzen, daß er in Berlin wieder auf ein paar tausend Windschutzscheiben klebt.

Dazu ein paar Überlegungen: Der rote Punkt war wichtiges Kampfmittel bei Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen. Z.b. 1969 in Hannover machten bei den Rote-Punkt-Aktionen große Bevölkerungsteile mit. Bei vielen blieb der Punkt auf der Windschutzscheibe kleben.

Denn: Der rote Punkt drückt praktische Solidarität im Alltag aus: Ich nehme Dich mit, weil öffentliche Verkehrsmittel oft schlechte Verbindungen haben und teuer sind. Erst einmal, dann regelmäßig hilft einer dem anderen schneller zum Arbeitsplatz zu kommen. Nachts, wenn keine U-Bahn mehr fährt, kommen viele noch schnell nach Hause.

Der rote Punkt ist dauernder Apell an Fahrer und potentielle Mitfahrer, die Idiotie der kapitalistischen Form des Verkehrs (isoliert im privaten Heiligtum Auto oder anonym und ohne gute Verkehrsverbindung in Bus, U-Bahn oder S-Bahn) ansatzweise zu durchbrechen.

Der rote Punkt ist praktischer Ausdruck der Sozialisierung überflüssigen Privateigentums: Mehrere Sitzplätze bleiben nicht dauernd leer. Es ist ein Widerspruch, wenn linke Leute mit Auto grundsätzlich Änderungen der sozialen Beziehungen fordern, sie aber nicht dort, wo es ihnen selbst sofort möglich ist, verwirklichen.

Mit dem roten Punkt am Auto wird die persönliche Isolation abgebaut: Kontakte können geknüpft werden zu Personen und über sie zu Bereichen, die einem sonst verschlossen sind. Ein Beispiel: Neulich nahm ich einen Schüler mit. Beim Gespräch im Auto erfuhr ich eine Menge über die politische Situation an den Schulen und das politische Bewußtsein von Schülern. Der Schüler selbst war wiederum erstaunt, zu erfahren, daß es außerhalb von SPD, SEW und KPD noch andere linke Ansätze gab. Die Wirkung solcher Gespräche mit Leuten, die sonst kaum Kontakt zu Linken haben, ist nicht hoch genug einzuschätzen. Insbesondere mit Jugendlichen, die wohl den Großteil der Mitfahrer ausmachen, sind Gespräche und Kontakte möglich. Der Rechtsruck in der Jugend zeigt, wie wichtig diese Kommunikation ist, da die Verbindungen weithin abgeschnitten sind.

Mit dem roten Punkt an der Scheibe hat sich das Auto verändert. Es ist zum öffentlichen Verkehrsmittel mit persönlichem Charakter geworden.

Viele rote Punkte auf den Windschutzscheiben, die aus der Blechlawine herausleuchten geben das Gefühl: Es gibt doch eine Menge Linke in der Stadt, ich bin nicht isoliert.

Der rote Punkt macht öffentlich, daß es Leute gibt, die Alternativen zur herrschenden beknackten Form des Verkehrs und zwischenmenschlichen Verhaltens gibt.

Der rote Punkt ist in einer Einheit zu sehen mit anderen Aktionen gegen das herrschende Verkehrssystem, gegen Fahrpreiserhöhungen, gegen die Stadtzerstörung durch Straßenerweiterungen (z.B. Bürgerinitiative Westtangente) usw.

Den roten Punkt auszuschneiden und aufzukleben erfordert kaum fünf Minuten, aber etwas Bekennermut. Wer den roten Punkt als belanglos abtut, sollte sich überlegen, ob dahinter nicht das Unbehagen steht, öffentlich aufzufallen und sich eine allgemeine (und verbreitete) Haltung dahinter verbirgt. Solange wir uns nach außen hin verbergen, sind wir politisch tot (auch voreinander). Dies ist ein Erfolg politischer Disziplinierung, keine Taktik unsererseits.

Die Tatsache, daß die reaktionären Automobilverbände und Springerpresse in regelmäßigen Abständen vor Mitfahrern warnen und Einzelfälle breittreten und über die Medien vermillionenfachen, weist auf die politische Bedeutung des roten Punktes hin. Hier soll Angst voreinander erzeugt werden, um Ansätze von Solidarität zu zerstören. Je mehr das gegenseitige Mißtrauen um sich greift, desto besser werden wir alle vereinzelt beherrscht. Dieser allgemeinen Strategie des Systems müssen wir überall begegnen, in diesem Fall durch den roten Punkt.

Systemveränderungen sind nicht durch einen einmaligen politischen Kraftakt zu erreichen, wobei wir auf den richtigen Zeitpunkt warten. Sie werden erreicht durch unzählige kleine richtige Aktionen eines jeden, der Veränderung anstrebt. Der rote Punkt ist einer dieser Aktionen.

FRAUEN VERRATEN – EINS ÜBERGEBRATEN

KÖLN (ID) 20.Oktober Dem ‚Instant-Reporter' des Kölner Express (≙ umrühren – fertig) Bernd Pruski haben Kölner Frauen etwas zur Imagepflege beigetragen. Pruski hatte sich als Bierschlepper beim 1. Kölner Frauenfest eingeschlichen und seine Wahrnehmungen dann zu einem typischen Express-Artikel zusammengefasst.:

„Die hübsche Rothaarige zieht die Pfeife aus dem Mundwinkel, beugt sich hinüber zu ihrer jungen Freundin und drückt ihr einen langen Kuß auf den Mund. Die beiden wähnten sich unter sich. Denn beim Frauenfest in dem Kölner Lokal Wolkenburg war der Zutritt für Männer strengstens verboten. Bis auf einen: Express-Redakteur B. Pruski hatte sich eingeschmuggelt."

Auf einem großen Flugblatt haben die Frauen seinen Artikel veröffentlich und dazu erklärt, was sie davon halten. Das Flugblatt wurde im Umkreis von Pruskis Wohnung an Wände geklebt, was zu zahlreichen Diskussionen über seine ehrenwerte Person geführt hat.

WIE EINER FRAU DER PROZESS GEMACHT WIRD

BREMEN (ID) 18. Oktober In Bremen ist am 15. Oktober eine Frau, die eine Abtreibungsadresse an andere Frauen weitergegeben hat, zu 450 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Einige Frauen aus dem Frauenzentrum Bremen (Auf den Häfen 105) sind beim Prozeß gewesen und haben folgendes Flugblatt geschrieben:

„Als wir am Gerichtsgebäude ankamen, war der Eingang von Bullen mit Schlagstöcken und Schäferhunden versperrt. Sie gingen brutal gegen Demonstranten vor, die in das Gerichtsgebäude reinwollten. Dabei wurde eine Frau und ein Mann krankenhausreif geschlagen. Uns gelang es,durch Umwege zum Verhandlungsraum zu kommen. Wir mußten unsere Personalausweise vorlegen, unsere Namen wurden aufgeschrieben. Außerdem wurden unsere Taschen durchwühlt und unsere Körper abgetastet. Auf unsere Protest hin wurde gesagt, das sei eine Verfügung des Richters.

Wie kam es überhaupt zu diesem Prozeß?

Er kam ins Rollen durch die ganz beschissene Aktion eines Professor Niesert aus dem Roten-Kreuz-Krankenhaus. Eine Türkin, die durch Vermittlung der Angeklagten eine Abtreibung hatte vornehmen lassen, mußte zur Nachbehandlung ins Krankenhaus. Der Arzt, der die Untersuchung machte, stellte fest, daß die Frau abgetrieben hatte. Dieser Herr Niesert hatte dann nichts besseres zu tun, als sofort bei der Polizei anzurufen und Anzeige zu erstatten. Die Polizei reagierte prompt mit einem erpresserischen Verhör, bei dem der Türkin unter Androhung von Strafe und Ausweisung aus der BRD der Name und die Adresse der Vermittlerin entlockt wurde. Aufgrund dieser Aussage drangen mehrere Bullen in die Wohnung der angeklagten Frau ein, durchwühlten ohne Hausdurchsuchungsbefehl die ganze Wohnung und nahmen sie ohne Rücksicht auf ihre Kinder, die allein zuhause bleiben mußten, mit aufs Revier. Dort wurde sie für mehrere Stunden eingesperrt und verhört, ohne sie auf ihre Rechte, die Aussage zu verweigern und sich einen Rechtsanwalt zu nehmen, aufmerksam zu machen.

Zu Beginn der Verhandlung erzählte die Angeklagte, daß sie mit ihren sieben Kindern in einer zweieinhalb-Zimmer-Wohnung lebt. Da sie wegen der Kinder nicht berufstätig sein kann und der Mann mit dem siezusammengelebt hat, in die Türkei abgeschoben wurde, ist sie auf 520 Mark Sozialhilfe plus Kinder- und Wohnungsgeld angewiesen. So müssen acht Personen von nur 1.380 Mark leben!

Die Frau wurde angeklagt, etwa 8 bis 15 Frauen (vor allem türkische Frauen) eine Abtreibungsadresse vermittelt zu haben. Richter Radtke, ein Mann, der Karriere machen will und sicher auch machen wird, versuchte von Anfang an mit einer fiesen Überheblichkeit die Angeklagte fertig zu machen. Er unterstellte ihr „Gewinnsucht" – sie hätte von den Frauen für die Vermittlung der Adresse 50 Mark gefordert. Dies sollte bewiesen werden durch zwei türkische Zeuginnen, die aus der gleichen Angst wie ihre Bekannte im Krankenhaus gegen die Angeklagte auszusagen gezwungen waren. Hier wurden Frauen, die in der gleichen beschissenen Lebenslage sind, vor Gericht gegeneinander ausgespielt. Zu diesen Beschuldigungen sagte die angeklagte Frau immer nur wieder, daß sie nie Geld gefordert hätte. Die schwangeren Frauen wären in ihrer verzweifelten Lage zu ihr gekommen, und weil sie die Situation aus eigener Erfahrung kennt, hätte sie den Frauen aus Mitgefühl geholfen. Allerdings hätte sie sich gefreut, wenn Frauen ihr Geld geschenkt hätten. weil sie es bitter nötig hatte.

Als besondere „Erschwernis" ihrer „Schuld" warf der Richter ihr vor, die Frauen zur Abtreibung zu einer „Engelmacherin" geschickt zu haben. Doch welche anderen Möglichkeiten hatte sie? Sie selbst sagte aus, daß sie keine andere Wahl gehabt hat, weil sie keinen Zugang zu anderen Informationen hatte (Weg einer legalen Abtreibung, Holland).

Nach fünfstündiger Verhandlung wurde die Frau zu 450 Mark Geldstrafe oder 90 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Begründung lautete u.a. höhnisch, daß die Angeklagte sich nicht einbilden solle, der Staat hätte kein Interesse, werdendes Leben zu schützen. Nach wie vor bestünde öffentliches Interesse an der Einbehaltung des Gesetzes (das jährlich nach offiziellen Schätzungen 500.000 bis eine Million „illegale" Abtreibungsen vorgenommen werden, wird gar nicht erwähnt – die Interessen dieser Frauen werden eiskalt unterdrückt, man tut, als existierten die gar nicht). Außerdem könnten die Schwangeren nicht einfach abtreiben wie sie wollten, da hat der Staat das Recht, über die Frauen zu bestimmen und ihre Kinder. Sie hätte auch aus Gewinnsucht andre Frauen „ausgebeutet" und sei fahrlässig mit dem Leben und der Gesundheit anderer Frauen umgegangen.

Während der Verhandlung kam es zu heftigen Protesten der Zuschauer gegen den Richter, worauf einige Personen gewaltsam durch die Polizei aus dem Saal gezerrt und aus dem Gebäude geschmissen wurden.

Wir Frauen waren so wütend über die Demütigungen, die den Frauen während der Verhandlung von dem ausschließlich männlich besetzten Gericht angetan wurden, daß wir am liebsten den Richter vermöbelt hätten. Aber schon Zwischenrufe genügten ihm, um Leute brutal aus dem Saal schmeißen zu lassen. Wir konnten nicht provozieren, daß wir alle rausmußten, weil wir die Angeklagte durch unsere Anwesenheit unterstützen wollten und später einen genauen Bericht erstatten wollten, was in dem Prozeß gelaufen ist. Eine Störung der Verhandlung mit demZiel, sie völlig zu unterbrechen oder die Einstellung zu erzwingen, war kaum möglich, weil das

ganze Gebäude von Bullen wimmelte, die nur darauf warteten, uns zusammenschlagen zu können. Sie fragten nicht nach dem Inhalt der Prozesses, sie führten blind Befehle aus.

Der Prozeß hat uns ganz deutlich gemacht, daß der § 218 nach der „Reform" schärfer angewandt wird als vorher. Es hat jetzt diese Frau getroffen – wieder mal wird armen Frauen angelastet, was reichen ohne Mühe gelingt. Wieder einmal wenden Männer Gesetze an, die von Männern gegen Frauen erlassen wurden. Wir fühlen uns als Frauen bedroht und es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir selbst vor Gericht stehen, weil wir Frauen selbst entscheiden wollen, ob wir Kinder haben wollen oder keine. Wir vermitteln Abtreibungsadressen, von denen wir wissen, daß dort Abtreibungen sorgfältig durchgeführt werden. Wir tun dies ungeachtet dessen, ob der Staat das zuläßt oder nicht – weil es um unser Leben geht ...

Wir wollen durch Spenden das Geld zusammenbringen, das die Frau an Strafe zahlen muß!

MIETSTREIK IN WOHNHEIMEN – STUDENTEN WERDEN TERRORISIERT

FRANKFURT (ID) 20.Oktober Zur Situation in Frankfurter Studentenwohnheimen zu Beginn des Wintersemesters hat das Mietstreik-Komitee und der Uni-Asta in Flugblatt verfasst:

„WAS DIESER TAGE GEGEN UNS IN DEN WOHNHEIMEN LÄUFT:

Ludwig-Landmann-Heim:
Seit 1 1/2 Jahren streiken die Bewohner gegen eine 22%ige Mieterhöhung. An die 15 Kündigungen letztes Wochenende, insbesondere gegen ausländische Kommilitonen. Weitere Kündigungen hält die Stiftung schon bereit.

Ludwig-Landmann-Heim und Brosswitzstraße:
Seit Wochen eine Menge Kündigungsdrohungen zwecks Eintreibung zum Teil horrender Mietrückstände. Erpressung von Ausländern durch Drohung mit Anzeige bei Ausländerpolizei und Botschaft! Drohung mit gerichtlichen Schritten.

Beethovenplatz:
Androhung der Kündigung sämtlicher Bewohner. Anzeige gegen 6 ‚Rädelsführer'. Verbrechen: das Haus wird selbst verwaltet! Die Kommilitonen geben der Stiftung keine juristisch faßbare Namen ‚Verantwortlicher' an und haben eine eigene Satzung entworfen. Ihr Beschluß- und Exekutionsorgan ist die VV. Selbstverwaltungsakte: z.B. einer Zimmertrennwand mittels Axt, um aus einer Isolierzelle einen Wohnraum zu machen...
Druck wegen Mietrückständen, Druck gegen Telefongebührverweigerung (als Pfand für Kautionsrückerstattungen): Telefonanschlüsse für das Haus gesperrt, zusätzlich mit Wasser- und Stromsperrung gedroht. Die Stiftung versucht jetzt die Selbstverwaltung zu liquidieren, (Was sie durch Raumverbote u.a. schon länger vorbereitet) und ihrer Kontrolle zu unterwerfen.

Kronberger Straße:
Die Stiftung greift zu polizeilichem Terror und nackter Despotie. Der Hausmeister (ehemaliger NPD-Schläger) setzt die Maßnahmen der Stiftung durch und wird durch den Geschäftsführer gedeckt und unterstützt. Im übrigen läßt er seit je das Haus verrotten, ja beschädigt die Räume der Studenten. Die Entwicklung seit dem 8./9. Oktober erfordert ausführlichere Beschreibung:
Zu jener Nacht schlägt der Hausmeister Schutzeck einen ausländischen Kommilitonen krankenhausreif (er traktiert den zu Boden gegangenen Studenten mit Fußtritten, seine Frau benutzt einen beschnallten Lederriemen: Rippenbrüche und Kehlkopfquetschung sind die Folgen...)
Anschließend holt der Hausmeister eine Polizei-Doppelstreife ins Haus, erklärt ihr, daß der Student die Schlägerei begonnen habe und – präsentiert den Bullen einen Schrieb des Herrn Geschäftsführers Grawe, daß der Student wegen „wiederholten Randalierens" mit Hausverbot belegt sei! Als der Kommilitone aus dem Krankenhaus zurückkommt und übernachten will, holt Schutzeck gleich wieder die Polizei, die ihn rausschmeißt. Dies wiederholt sich bis heute jedesmal, wenn Schutzeck den Studenten im Haus erwischt!
Der ausländische Kommilitone befindet sich in äußerster existenzieller Gefährdung. Die Polizeistreife wird mittlerweile auch gegen andere Studenten im Heim eingesetzt...

Die Hausmeister werden zunehmend, namentlich in Kronberger Straße und Ludwig-Landmann-Heim, zur permanenten politischen Kontrolle, Intervention und Bespitzelung eingesetzt: Die Plakate abreißen, Veranstaltungen bespitzeln, Denunziationen von plakatierenden Kommilitonen und Drohung des Geschäftsführers mit fristloser Kündigung und Kostenhaftung... z.B. durch den Hausmeister im Ludwig-Landmann-Heim wurde die Unterstützung des Heims für den Druckerstreik (benachbarte Drucker brauchten leerstehenden Raum als Streiklokal) verhindert!

IN WELCHEM ZUSAMMENHANG DIESER ALLSEITIGE ANGRIFF ERFOLGT:

Es ist klar: mit der zäh geführten Mietstreikbewegung (30% imLudwig-Landmannheim bzw. 70% im Brosswitzhaus haben bis jetzt durchgehalten) soll jetzt aufgeräumt werden, unsere Selbstverwaltung soll zunichte gemacht werden. Durchgesetzt werden soll die rigorose zusätzliche Ausplünderung der Studenten durch die Wohnheimmieten und ihre Kasernenmäßige Kontrolle in jedem Wohnheim. Das geht Hand in Hand mit den drastischen Senkungen unserer Ausbildungsförderungssätze (die Existenzbasis der Masse der Studenten, die keine reichen Eltern haben), die wir zu spüren kriegen. 2/3 von uns bekommen 100 bis 150 DM weniger, gar 10 bis 15% bekommen keinen Pfennig ab diesem Semester!

Unsere Eltern sind zu ‚reich' geworden, weil sie sich von inflationierten Nominalerhöhungen weniger kaufen können. Und die Bafög-Sätze sind seit 2 Jahren eingefroren, was heißt, daß sie sinken. Für Tausende Studenten heißt das schlicht und brutal Dauer-Jobben (wenn möglich) oder das Studium abbrechen, meistens beides, wenn es uns nicht gelingt, uns gegen diese Angriffe zu wehren und uns das Notwendigste wieder reinzuholen.

WER GREIFT UNS AN? WER IST UNSER GEGNER?

Die Mieterhöhungen wurden begründet mit den finanziellen Schwierigkeiten (Riesendefizite) der Stiftung. Wir stellen fest: während die Stiftung versucht, aus den Studenten das letzte herauszupressen, dient sie bestimmten Leuten als Futtergrippe. So verdient Herr Grawe, Geschäftsführer und Verantwortlicher für die Zwangsmaßnahmen und Mietforderungen seit seiner Einstellung ein Gehalt nach BAT 0; das sind immerhin 8000 DM im Monat für seine saubere ‚Arbeit'. Zudem hat er sich von der Stiftung ein zinsloses Darlehen (mittlerweile 1-2% Zinsen im Monat) von 30 000 DM für sein Privathaus, zu tilgen nach 15 Jahren, gewähren lassen... dies müßte man schon als verdeckte Gewinnausschüttung an den Herrn Grawe betrachten. Im übrigen hat dieser auch weiter gesorgt für sein Schmarotzereinkommen: indem er in die SPD eintrat und mittels dieser in die Stadtverordnetenversammlung kam, womit ihn das Mandatssicherungsgesetz vor etwaiger Rückstufung sichert... Grundlage der Studiendefizite bildeten indessen die jährlich zunehmenden Forderungen des notleidenden Unternehmertums.

GEGEN ALLE DIESE ANGRIFFE IST DER WIDERSTAND BEREITS IN GANG GEKOMMEN

1. *Seit eineinhalb Jahren eine Mieterhöhungsboykottsbewegung, im Ludwig-Landmannheim und Broßwitzheim, die sich bis heute nicht brechen ließ und insbesondere im Broßwitzheim einen deutlichen Aufschwung nimmt.*
2. *Klare Ankündigung von Mietstreiks der Häuser Beethovenplatz und Kronberger Str., im Falle der Nichterfüllung ihrer Forderungen.*
3. *Aktionen des Broßwitzheimes gegen die Erpressungsversuche gegen ausländische Heimbewohner, unterstützt von Protesterklärungen des Landmannheims, des Wohnheimrats der Stiftungshäuser und der Arbeitskreise Ausländerrecht und Ausländerausbildung an der Uni.*
4. *Die jetzt erhobene Forderung mehrerer Heime und des Wohn-*

heimrats an die Stiftung Studentenhaus, sofort eine außerordentliche Vorstandssitzung zwecks Beschlußfassung für die brennendsten Forderungen einzuberufen. Diese Schritte sind von den einzelnen Heimen gleichzeitig und spontan während der letzten und dieser Woche gemacht worden. Inzwischen hat Grawe eine außerordentliche Vorstandssitzung zusagen müssen.

Diese Sitzung ist öffentlich. Sie soll zu einem Tribunal werden. Es kommt darauf an, unsere Forderungen zusammenzufassen und gegen die Stiftung durchzusetzen. Dies ist ein wichtiger Bestandteil des Bafögkampfes!

Wir sind auf die Unterstützung der anderen Studenten angewiesen, besonders von denen, die selbst in Wohnheimen wohnen. Die Wohnheime, die auch im Streik stehen (Fachhochschule) können auf dieser Sitzung ihre Forderungen und Begründungen für den Streik einbringen."

SPANIEN-VERANSTALTUNG

KÖLN (ID) 20. Oktober Ehemalige Mitglieder des „Komitees Freies Spanien Berlin" haben uns den folgenden Bericht mit der Bitte um Veröffentlichung geschickt:

„Als Auftakt für die vom Kölner Iberien-Komitee zur Zeit in der BRD durchgeführte Tournee von CNT-Gewerkschaflern (CNT = anarchosyndikalistische Gewerkschaft in Spanien) fand am 8. Oktober im Audi-Max der TU Berlin ein Spanien-Teach-In statt.

Alle Beteiligten werden zustimmen, daß das Ergebnis dieser Veranstaltung der CNT eher geschadet als genützt hat. Was ist passiert?

Widersprüche im Komitee Freies Spanien Berlin haben dazu geführt, daß die Veranstaltung bis zum letzten Augenblick in Frage gestellt war. So wie das Komitee gearbeitet hat, war es mit dieser Veranstaltung überlastet. Deshalb ist es unter anderem nicht gelungen, zum Auftreten der Spanier ein ergänzendes Rahmenprogramm vorzubereiten. Dadurch mußten die Spanier als einzige den gesamten Abend bestreiten. Durch die ständige Hin- und Herübersetzerei wurden die Zuhörer von ihrer Konzentration her überfordert. Solche Pannen sind vorhersehbar und könnten vermieden werden, im Gegensatz zu einigen schwerwiegenden Fehlern, die von der zentralen Tournee-Organisation her angelegt sind.

Wir sollen einmal darstellen, was sich nach Gesprächen mit den spanischen CNT-Genossen an Hintergründen für diese Tournee ergeben hat.

Wie wir von anderen anarchosyndikalistischen Genossen und Organisationen aus Spanien und Frankreich erfahren haben, gibt es im Reorganisationsprozeß der CNT-Gewerkschaft nach Francos Tod Widersprüche zwischen einem Teil der Exil-CNT und der innerhalb Spaniens neu entstandenen CNT. Dabei gehen die meist jungen Genossen der heutigen Inlands-CNT von eigenen Erfahrungen in den Klassekämpfen der letzten Jahre aus, während die Führung der Exil-CNT in ihren Vorstellungen noch immer der alten „heroischen" Zeit der Revolution nachhängt.

Die neuen CNT-Gewerkschaften in Spanien haben noch kaum Kontakte in andere Länder. Dagegen verfügt die Exil-CNT durch ihre Kontrolle über den alten Apparat der IAA/AIT (syndikalistische Internationale) über weitreichende Kontakte in allen Ländern. Die Führung dieser Exil-CNT scheint in letzter Zeit zu versuchen, mit Hilfe dieser internationalen Kontakte ihren Einfluß in Spanien zu erhöhen.

Konkret hat sich das folgendermaßen abgespielt: das Kölner Iberien-Komitee hat sich in Paris an die Exil-CNT gewandt. Diese hat anscheinend über persönliche Kontakte ohne Diskussion in den neuen spanischen CNT-Strukturen, einzelne Mitglieder nach Paris eingeladen. Erst in Paris, so versicherten die drei spanischen Genossen, erfuhren sie, daß sie in die BRD und auf diese Tournee fahren sollten. Sie wurden nach Köln geschickt, von dort aus direkt weiter nach Berlin. Es blieb keine Zeit zur Vorbereitung mehr, die spanischen Genossen konnten sich nicht einmal mehr auf die Berliner Veranstaltung und die zu erwartenden Zuhörer einstellen.

Daraus ergab sich:

a) die Spanier wußten nicht vorher, daß sie eine Informationsrundreise durch die BRD machen sollten,

b) die Genossen hatten kein eigenes Konzept für den Inhalt und die Zielrichtung dieser Veranstaltungen,

c) sie hatten keine Ahnung vom Informationsstand und von der sozialen Zusammensetzung ihrer Zuhörer,

d) sie konnten nur als Privatpersonen auftreten, ohne Wissen, Billigung der CNT in Spanien. Sie waren nicht delegiert.

Dies war vorher dem Komitee Freies Spanien zum Teil nichtbekannt und ist zum Teil nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Fraglich ist überhaupt die ganze Konzeption für die Rundreise. Das Komitee Freies Iberien Köln will offensichtlich in erster Linie die mehr oder weniger vorhandene Struktur anarchistischer Kleingruppen mit Hilfe der spanischen CNT-Genossen entwickeln. Dies zeigt sich auch in der Auswahl der Städte für diese Tournee. So werden die Veranstaltungen in einer Reihe von Kleinstädten und Verwaltungszentren (z.B. Karlsruhe) durchgeführt, während so wichtige Städte wie Hamburg und Stuttgart (Spanier-Schwerpunkte) fehlen. Deutlich wird dieses Ziel am Charakter der Gruppe, die die Veranstaltung durchführen soll. In keinem Fall — mit Ausnahme des Spanierzentrums in Essen — wurden Betriebsgruppen oder linke Gewerkschaftsstrukturen angesprochen (die CNT ist genauso wie die sozialistische Gewerkschaft UGT eine noch von früher her vom DGB anerkannte Gewerkschaft).

Die Spanier selbst haben uns dagegen erklärt, daß es ihr Hauptinteresse ist, hier mit deutschen und spanischen Arbeitern zusammenzukommen, um auf dieser Ebene Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen zu vermitteln. Dies kann nur gelingen, wenn die CNT-Genossen die neue politische und soziale Entwicklung in Spanien in allen ihren Aspekten darstellen und nicht, wenn sie nach dem Kölner Konzept aus den Informationsveranstaltungen „Jubelfeiern" für die CNT machen.

Unser Vorschlag in dieser Situation war, die Genossen direkt nach Spanien zurückzuschicken, diese Tournee abzusagen und in Zusammenarbeit mit den Basisstrukturen in Spanien und den Basisstrukturen in der BRD eine neue, besser organisierte Rundreise vorzubereiten.

Eine Rundreise wie die jetzt durchgeführte erzielt nicht Solidarität, sondern Desinteresse. Damit wird der Sache der Spanier mehr geschadet als genützt. Außerdem besteht die Gefahr, daß die spanischen Genossen „verheizt" werden. Nach unserem Eindruck gibt es bei ihnen durchaus auch Schwierigkeiten, sich mit der Politik der CNT in allen Punkten zu identifizieren. Hinzu kommt der Druck und die persönlichen Nachteile, denen sie ausgesetzt sind durch ihre Mitarbeit in einer illegalen Gewerkschaft. Daher kann eine Reihe von Enttäuschungen hier eventuell niederschmetternde Auswirkungen haben.

In der Diskussion mit dem Kölner Komitee und den Spaniern wurde dieser Vorschlag verworfen. Deshalb wollen wir, um zu retten was noch zu retten ist, ein paar Punkte vorschlagen, die bei den weiteren Veranstaltungen berücksichtigt werden sollten:

1. Mit den Spaniern muß vor der Veranstaltung durchgesprochen werden, mit was für Publikum, mit welchem Informationsstand sie zu rechnen haben (inder BRD ist es nicht möglich, die Comisiones Obreras ohne weitere Erklärung als korrumpiert und arbeiterfeindlich hinzustellen).

2. Eine ausführliche Einleitung sollte die veranstaltende Gruppe selbst vorbereiten, damit wenigstens die historische Entwicklung der CNT in Spanien geklärt ist und nicht ständig in der Diskussion herumgeistert. Zudem müssen die Gruppen die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit in Spanien selbst übernehmen, da die spanischen Genossen hierauf nicht vorbereitet sind.

3. Ein genaues Programm sollte mit den Spaniern vorher abgeklärt sein. Ein Rahmenprogramm ist wichtig, damit während langer Übersetzungsperioden die Veranstaltung nicht auseinanderläuft."

DIE ZWEI MÖGLICHKEITEN DES KBW

FRANKFURT (ID) 20. Oktober — Eine Buchbesprechung mit einigem Informationswert hat der KBW in seinem theoretischen Organ „Kommunismus und Klassenkampf" geliefert. Es geht um Daniel Cohn-Bendits Buch „Der grosse Basar" (Trikont Verlag).

Der ID wird nach wie vor kein Forum für ideologisch theoretische Auseinandersetzungen sein, die folgenden Zitate der Rezension erscheinen uns jedoch mitteilenswert, weil Sprache und Stil auf etwas ganz anderes als die theoretische Auseinandersetzung hinweisen.

Originalton KBW:

„Daniel Cohn-Bendit hat Ähnlichkeit mit einem Bandwurm. Er wird in den letzten Jahren immer dicker, und zwar auf Kosten anderer. Er lebt auf Kosten der Entwicklung einer radikalisierten Bewegung, vornehmlich aus Schichten bestehend, die sich ihrem Herabsinken in die Lohnarbeit dadurch zu entziehen suchen, daß sie sich ein Reich schaffen wollen, welches sie „Gegenmilieu" nennen. Praktisch verhindert diese Entwicklung aber, daß ihr Protest über die Erscheinungen derbürgerlichen Gesellschaft sich umwandelt in Kraft und Zusammenschluß mit der Arbeiterklasse zwecks Verjagung der Ausbeuterklasse.

Die Fäulnis und Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft kommt in solchen Thesen zum Ausdruck, wie sie Cohn-Bendit formuliert. Sie dienen zu nichts weiter, als zur Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung und zum Mittel, die eigene Parasitenexistenz zu rechtfertigen und aufrechtzuerhalten. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse an einer Rückentwicklung vom aufrechten Gang zu einem Wesen, welches auf allen Vieren kriecht und sich von Baum zu Baum schwingt.

Klar ist aber auch, daß die Arbeiterklasse sich solche Gestalten merken wird. Cohn-Bendits größter Wunsch ist es, der Tour de France mit dem Motorrad hinterherzufahren, und sein zweitgrößter Wunsch ist es, „nach der Revolution Sportreporter zu werden." Nun, die Revolution wird da anderer Meinung sein. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder er wird von der Arbeiterklasse eine nützliche Arbeit zugewiesen bekommen, etwa in einer Fischmehlfabrik in Cuxhaven, oder er wird während der Revolution durch die Massen an den nächsten Baum befördert."

Aufgrund dieser denkwürdigen Äußerungen gingen einige Frankfurter Genossen zum KBW-Büro und veranschaulichten die Situation, indem sie das in „Kommunismus und Klassenkampf" zitierte Fischmehl im Ortsbüro verteilten. Die Akteure gaben ihren Bericht an Radio Peking und ID:

„Am Donnerstag, 21.10.1976,besuchte eine Delegation Cuxhavener Fischmehlarbeiter sowie einige Schanghaier Linke das KBW-Ortsbüro in Frankfurt. Während erstere als Geschenk einen Zentner ihres 1a-Fischmehls sowie einige gut abgehangene Fischköpfe überreichten und die Zuweisung Cohn-Bendits in eine Cuxhavener Fischmehlfabrik zwecks nützlicher Arbeit bestätigten, bedankten sich letztere für den ZK-Beschluß des KBW: Vier Wochen Schweigen zu den Vorgängen in China. Die Linie, die sich dann durchgesetzt hat — egal welche — ist dann die richtige. Beide Delegationen leisteten sich eine Eintragung in die Unterschriftenliste der Bewegung „Volksentscheid für die Wiedereinführung der Todesstrafe". Das Treffen verlief in harmonischer Atmosphäre und diente der Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen."

Dann kam noch folgende Solidaritätsadresse:
„An den KBW, Frankfurt,

Solidaritäsadresse von den Werktätigen der Fischmehlfabrik in Cuxhaven.

Mit aufmerksamem Interesse haben wir Euren Artikel über den jüdisch französisch—deutschen Schmierfinken Daniel Cohn-Bendit in Eurem Theoretischen Organ „Kommunismus und Klassenkampf" gelesen. Die klare, arbeiternahe und leicht zu verstehende Darstellung Eurer Politik begeistert uns immer wieder aufs neue. Auch diesmal haben wir mit klassenkämpferischer Freude Eure arbeiter- und arbeitsfreundliche Einstellung aufgenommen.

Wir teilen Eure Kritik an denen, die die kapitalistische Arbeit ablehnen und den ganzen Tag faulenzen, kaffeetrinken, spazierengehen und fressen; und das alles auf unsere Kosten. Wegen des großen Interesses an unserer Arbeit und als Ausdruck unserer praktischen Unterstützung in Eurem Kampf gegen Arbeitslose und Faulenzertum usw. übersandten wir Euch eine Probe unseres Klassenbewußtseins.

Mit solidarischen Grüßen

Arbeiterkomitee der Fischmehlfabrik Cuxhaven"

JUNGE UNION — DENUNZIANTEN FÜR DAS KULTUS MINISTERIUM

EUTIN (ID) 19. Oktober — Seit Mitte August gibt es in Lübeck ein neues Machwerk aus der rechten Ecke: den „TIP", dessen erste Ausgabe vor zwei Monaten von der Schülerunion an einigen Lübecker Gymnasien verbreitet wurde.

Gleich im ersten Artikel werden die Jusos als „Steigbügelhalter der Radikalen" angepöbelt, da sie gegen die Berufsverbotspraxis einträten. Durch die „Unterstützung extremer Gruppen" würden die Jusos so „die Radikalisierung unserer BRD fördern" und hätten sich somit „zu einer größeren Gefahr für unsere (!) Demokratie (die der Schüler Union) entwickelt, als es radikale Gruppen jemals werden können".

Im „TIP" hält die Schülerunion Berufsverbote für „sachlich gerechtfertigt", weil für DKP-Mitglieder das Grundgesetz, Artikel 3 nicht anwendbar sei!

Die nächsten sind dann nach Meinung der Schülerunion die Jusos und kritische Demokraten. In der Praxis setzen sich Jung- und Schüler-Unionisten in dieser Richtung schon ein, indem sie SPITZELDIENSTE für staatliche Behörden leisten!!!

So betätigten sich Schüler-Unionisten in Neumünster kürzlich als kleine Denunzianten, als sie in einem Brief an das Kultusministerium in Kiel forderten, daß eine an der Integrierten Gesamtschule in Neumünster angestellte Sozialpädagogin aus dem Schuldienst zu entfernen sei. Sie habe gemeinsam mit Mitgliedern des KB (oder des KBW) angeblich versucht, eine Kundgebung mit Helmut Kohl in der Kieler Ostseehalle zu „stören" (nach FR, v. 2.10.76).

So äußerte ein JUler am Lübecker Katharineum, nachdem ein Lehrerstudent dort auf die Machenschaften des US-Imperialismus und des CIA in Chile hingewiesen hatte (!): Das sei ein „Linksradikaler", den müsse man bei der Schulbehörde anzeigen!! Es ist klar: Die „Freiheit", die die Schüler-Unionisten „lieben", ist die Freiheit, jede Kritik an der staatlichen Unterdrückungspolitik mundtot zu machen!

Demagogischer Gipfel im „TIP" ist eine Karikatur, mit der unterstellt wird, Nazis und Marxisten gehörten zu den Jusos. (Zeigt Portraits von Hitler und Marx mit der Überschrift „Auch wir wollen in den öffentlichen Dienst!!")

Bekannt dagegen ist, daß sich gerade in der CDU-Spitze Schleswig-Holsteins Ex-Nazis wie Lemke oder Asbach tummeln können. Und ausgerechnet Lemke, der als Nazi-Bürgermeister Jochen Steffen (SPD) denunzierte, wurde von der JU zum „Freund des Jahres" gewählt!

Bei wem also können sich die Nazis zuhause fühlen?
(aus: Blinkfüer Nr. 8/76)

SOLDATEN-WANDZEITUNG IM JUGENDZENTRUM

NEU ISENBURG (ID) 19. Oktober — *Folgender Bericht wurde im Jugendzentrum Neu Isenburg verfaßt:*

„Anfang der Woche kam ein Typ aus

Neu-Isenburg auf Urlaub vom Bund. Er erzählte, daß in seiner Kaserne die Kantine bestreikt wird, hängte eine Wandzeitung auf und wollte auf unserer Hausversammlung mehr und ausführlicher erzählen. Leider kam's nicht mehr dazu, weil er morgens von den Feldjägern abgeholt wurde. Wir haben beschlossen, seine Wandzeitung einfach so mal weiterzugeben, weil er meinte, es sei wichtig, daß auch von außen Unterstützung käme.

Orginaltext der Wandzeitung:

Was ist los in der Nibelungenkaserne (Walldürn)? Seit dem 4. Oktober wird die Kantine von 1200 Soldaten bestreikt. Warum: Am 28.9. waren viele Soldaten in der Kantine und haben gesungen. Daraufhin rief der Pächter der Kantine den Offizier vom Wachdienst, der mit 2 Wachsoldaten ankam. Der Pächter verlangt vom OvWa wieder ‚Ruhe' herzustellen und die 2 lautesten vorläufig festzunehmen. Der OvWa begnügte sich jedoch mit den Personalien der zwei. Daraufhin verließen alle Soldaten (80) spontan die Kantine. 40 trafen sich noch amselben Abend und beschlossen die Kantine ab 4.10. zu boykottieren. Die Vertrauensleute und interessierte Soldaten trafen sich einen Abend später um die Ziele zu besprechen. Sie beschlossen einstimmig, wie auch die Soldaten in den einzelnen Kompanien, den Boykott unter den Forderungen zu führen:

1. Senkung der Preise
2. Weg mit der Heimbewirtschaftungsordung
3. Selbstverwaltung der Kantine durch die Mannschaften.

Durch eine breite Solidarität verstärken wir den Kampf der Kollegen beim Bund."

Jugendzentrum Neu-Isenburg in Selbstverwaltung, Frankfurter Straße 42, 6078 Neu-Isenburg.

PUBLIZISTIKSTUDIUM OHNE BÜCHER

MAINZ (ID) 19.Oktober

Die Bibliothek des Instituts für Publizistik an der Universität Mainz soll geschlossen werden. Grund: Die Geldmittel, um einen Bibliotheksdienst zu finanzieren, sind aufgebraucht. Also beschloß die Institutsleitung kurzerhand, die Bibliothek für Studenten zu schließen. Für die rund 660 Publizistikstudenten ist das ein ganz schöner Hammer, da gerade in diesem Studienfach viel mit Büchern, Zeitschriften und Zeitungen gearbeitet werden muß. Ohne die Benutzung der Bibliothek ist ein ordnungsgemäßes Studium nicht mehr möglich. Das mußte anläßlich der Einführungsveranstaltung am 19.Oktober auch die Institutsleiterin Noelle-Neumann zugeben.

Bei der Diskussion über die unhaltbaren Zustände am Institut wurde deutlich, daß die Mehrheit der Publizistikstudenten bis zur Wiedereröffnung der Bibliothek einen aktiven Streik befürwortet.

Gefangen in ihrer eigenen Argumentation, daß ohne Bibliothek ein Studium sinnlos sei, und es daher ebenso sinnlos sei, Veranstaltungen (Proseminare, Seminare etc.) anzubieten, zeichnet es sich ab, daß sich auch die konservativen Lehrkräfte des Publizistikinstituts an dem Streik beteiligen muß. Interessant ist in diesem Zusammenhang noch, daß die Leiterin des Instituts der einzigen Sekretärin den Bibliotheksdienst zusätzlich aufbürden wollte. Als sich diese Sekretärin jedoch weigerte, diese große Mehrbelastung zu übernehmen, mußte die Insitutsleiterin, die wegen ihrer mangelden Haushaltsüberwachung mit Schuld an der Misere ist, ihre Taktik ändern. Angesichts des massiven Widerstands der Studenten wird sie weitere Verhandlungen mit der Uni-Bürokratie führen. Am 26. Oktober wird eine Vollversammlung über Streik oder sonstige weitere Maßnahmen beschließen. Bei den Politologen zeichnet sich eine ähnliche Situation wie bei den Publizisten ab.

JURISTISCHE AMBULANZ IM SSK

KÖLN (VOLKSBLATT/ID) 20. Oktober

Vor ungefähr zwei Jahren wurde der Verein „Helft dem SSK"e.V. gegründet, um dem SSK – damals eine Gruppe von sozial abgeschriebenen Jugendlichen und deren Betreuer – zu helfen. Mittlerweile gibt es zwei ärztliche und zahnärztliche Ambulanzen, die von insgesamt 12 Ärzten, Krankenschwestern und MTA's geführt werden. Hier gibt es medizinische Hilfe für jeden, auch wenn er illegal oder ohne Krankenschein ist.

Der Verein „Helftdem SSK" e.V. hat vor, eine juristische Ambulanz im SSK zu eröffnen, die ebenfalls dringend gebraucht wird, wie die medizinische Ambulanz. Dabei geht es nicht um Rechtshilfe im üblichen Sinne wie: ein bißchen Rechtsberatung hier, ein paar Briefe schreiben da und dort. Das hilft den meisten Leuten nicht, weil sie vor Gericht dann doch wieder allein dastehen und sich nicht fein ausdrücken können und den Tricks des Staatsanwaltes (Strafrecht) oder der gegnerischen Anwälte (Zivilrecht) hilflos ausgeliefert sind.

Es geht darum, eine regelrechte, funktionierende Anwaltskanzlei aufzumachen, genauso, wie die SSK-Ärzte ihre Praxis haben. Es sollen dort mehrere Anwälte abwechselnd und gemeinschaftlich arbeiten. Es werden nicht nur Anwälte gebraucht, sondern auch Hilfskräfte.

Der Verein will auch alle im SSK Arbeitenden gegen Unfälle versichern. Zur Finanzierung wird zur Zeit ein Buch vorbereitet, das eine Sammlung aller SSK-Plakate der letzten Jahre mit ihrer jeweiligen Geschichte und den Hintergründen enthält. Auch hier werden Mitarbeiter gesucht.

(aus: Kölner Volksblatt Nr. 9/76)

FÜR DIE RETTUNG DER GARLSTEDTER HEIDE – GEGEN STATIONIERUNG VON US-TRUPPEN MIT ATOMWAFFEN

Garlstedt(ID) 21. Oktober

Die Garlstedter Heide und die angrenzenden Wälder stellen ein unersetzliches Erholungsgebiet dar. Seltene Tiere und Pflanzen, ein Heidmoor, das unter Naturschutz gestellt werden soll, zahlreiche Waldlehr- und Trimm-dich Pfade, an Wochenenden bis zu 80 000 Erholungssuchende, Schullandheime in Eggestedt und Wulsbüttel, Golfplatz, geplante Campingplätze und Badeseen, größte Hügelgräberstr. der BRD mit 68 bronzezeitlicher Hügelgräbern und kostbaren Funden.

In diese Landschaft sollen 30 Kasernenblöcke, Werkhallen, Hubschrauberlandplätze, Unterstände usw. erbaut, 3400 US-Soldaten mit Vietnamerfahrung und 415 Panzer stationiert werden.

Zu befürchten ist die totale ökologische und soziale Verwüstung des Raumes zwischen Osterholz und Schwanewede, die Vernichtung von Wald und Heide, die Entstehung von Vergnügungsvierteln, steigenden Kriminalität und Rauschgiftgefahren, Verkehrsbehinderungen durch Militär- und Privatfahrzeuge usw. usw.

Gegen die Stationierungspläne haben bisher mit ihrer Unterschrift 20 000 Bürger aus dem Raum Osterholz-Scharmbeck und 43 000 Bremer Bürger protestiert.

Die nachfolgend veröffentlichte Rede wurde am 25. September anläßlich einer Kundgebung der Bürgerinitiativer gehalten.

„NATO Nordflanke – Atommordflanke
Liebe Freunde, die Bürgeraktion Garlstedter Heide hat aus einem todernsten Anlaß zur heutigen Demonstration aufgerufen. Wir Bürger wissen, daß 2 km von hier entfernt, in Bargten und 12 km von hier entfernt, bei Vollersode lagern Raketen. Im SO der Garlstedter Heide lagert Munition und in Lübberstedt, 12 km von hier entfernt befindet sich eines der größten Munitionsdepots der BRD. Was in den U-Boot-Bunkern von Farge lagert, bleibt vor der Öffentlichkeit verborgen. Die Bürger leben im Kreis Osterholz also auf einem konventionellen Pulverfass. Und nun erfahren wir, daß Atompanzer in die Garlstedter Heide, also in die Mitte des Kreises kommen sollen. Das konventionelle Pulverfass wird zu einem atomaren Pulverfass, die berühmt berüchtigte NATO-Nordflanke wird zur Atom-Mordflanke, wenn wir es nicht verhindern.

Wir fragen heute und hier von diesem Platz aus, haben das die verantwortlichen Politiker gewußt, als sie alle ja sagten zu den Statio-

nierungsplänen. Noch im Juni behauptete Herr Koschnick, er begrüße das Kommen der Amis, weil damit die konventionelle Schlagkraft erhöht würde und man nicht immer zum atomaren Knüppel greifen müsse. Einen Monat später erfahren wir aus der "Rheinischen Post", daß der atomare Knüppel immer beim US-amerikanischen Hund liegt. Wir fragen, war Herr Albrecht informiert? und mit ihm die Parlamentarier in Hannover, Osterholz und Bremen. Herr Ravens jedenfalls wußte das nicht, als wir ihn vor einigen Tagen darauf hinwiesen. Und Landrat Schlüter ist so kühn, die atomare Bewaffnung abzustreiten.

Wir stellen fest, nach der heutigen Demonstration kann kein Politiker mehr behaupten, er habe nichts davon gewußt. Wir schaffen heute eine Gelegenheit, sich ihrem Gewissen verantwortlich zu erweisen und dem fühlen sie sich ja nur verpflichtet. Sie haben eine neue Gelegenheit, die Stationierung abzulehnen, in aller Öffentlichkeit, da sie von den Militärstrategen nicht voll unterrichtet waren.

Liebe Freunde damit bin ich beim zweiten. Alle die erwähnten Politiker, d.h. alle Rathausparteien haben Ja zur Stationierung und damit auch Ja zur weiteren Aufrüstung der BRD gesagt. Um es deutlich zu sagen: All diese Herren und all diese Parteien wollen die Amis in der Garlstedter Heide. Sie sagen Ja zur Zerstörung unserer Heimat schon jetzt im Frieden. Diese Tatsache sollten wir alle bei den Wahlen am nächsten Sonntag berücksichtigen. Die Vorgänge um G. haben mir gezeigt, wohin ich mein Kreuz zu machen habe.

Noch einige Worte zur FDP, denn diese Partei möchte noch einige Stimmen mit dem Wahlkampfthema Garlstedt einfangen. Aber wie sieht es in Wahrheit aus. Herr Lahmann aus Bremen und Herr Kock aus Ostermolz haben kalte Füsse bekommen, wenn sie an Garlstedt denken. Aber nicht wegen des Wettrüstens, sondern nur wegen der Auflagen, die nach ihrer Meinung nicht einzuhalten sind. Dazu haben einige Politiker und auch Regierungsvertreter über ein Jahr gebraucht, um zu merken, daß die Auflagen für die Katz sind d.h. überhaupt nicht einzuhalten sind. Ich will ein Beispiel nennen. Die Landesregierung in Hannover hat am 20. Juli einen 6seitigen Brief voller Auflagen an Herrn Leber, den besten Rüstungsminister, den wir je hatten, geschickt. Und darin heißt es z.B., daß die „Vegetation auch im Nordteil des Truppenübungsplatzes erhalten bleiben solle". Und dieser Nordteil ist die Heidefläche. Wenn die nicht verändert werden darf, dürfen dort keine Panzer herumkurven.

Werden alle Auflagen eingehalten, dann entsteht bei Garlstedt ein US-Erholungspark, in dem das gemeine Heidekraut, Calluna vulgaris, gehätschelt wird und in dem 4000 Ledernacken mit ihrer Vietnamkriegserfahrung und 400 Panzer in Puschen als virtuose Naturerhalter herumschleichen – Dann entsteht aber kein Manövergelände und dann ist der Platz wertlos für die Militärs. Und diese Militärs wollen keine Soldaten in Puschen. Was folgt daraus : Die Auflagen der deutschen Behörden können und werden nicht eingehalten werden. Im Gegenteil, nach allen Erfahrungen, die wir über andere Kasernenlandschaften haben, wird das angrenzende Landschaftschutzgebiet ebenfalls ein Opfer der Panzer werden, genauso wie die gesamte soziale Struktur des Kreises Osterholz zerstört werden wird.

Wir 42 000 Protestbürger haben nie an die Einhaltung der Auflagen geglaubt. Wir haben immer gewußt, daß die Auflagen nur dazu erfunden wurden, um uns Sand in die Augen zu streuen. Das wird den Politikern aber nicht gelingen, genausowenig wie es ihnen gelungen ist, das Problem Garstedt aus unserem Gedächtnis auszulöschen. Ich gebe zu , wir haben uns dazu einiges einfallen lassen.

Ich erinnere daran, vor fast einem Jahr begann der Protest mit einem Autokorso. Wir brachten Garlstedt immer wieder in die Presse. Wir nannten Herrn Koschnick einen Postboten des Pentagon, was ihn sehr gewurmt hat, wir haben Gutscheine gedruckt, mit denen wir die Heide verschenkten, allerdings zu Erholungszwecken und nicht zu Verwüstungszwecken wie Herr Koschnick. Wir haben Garlstedt in den Kampf um die Erhaltung des Friedens einbezogen. Wir haben uns an der Demonstration der 40 000 "Stoppt das Wettrüsten" in Bonn beteiligt. Wir haben Kontakt mit den Gegnern der Kernkraftwerke gesucht und wir haben wie die Wyhler ins Auge gefasst, den Bau durch gewaltlosen Widerstand zu verhindern. Wir sehen in einem solchen Widerstadn einen übergesetzlichen Notstand, um der Zerstörung unserer Heimat Einhalt zu gebieten.

Liebe Freunde und damit bin ich als Drittes bei den bereits errungenen Erfolgen. Das sage ich, weil viele Bürger immer wieder Resigniert sagen: In Garlstedt sei ja doch alles gelaufen, die Amerikaner kommen ja doch. Da kann man nichts machen und leider denken so viele Politiker. Ich möchte an die Erfolge erinnern. Helgoland, Knechtsand waren Bombenabwurfplätze, das Teufelsmoor sollte einer werden. Überall dort gingen Bürger auf die Barrikaden. Wie sieht es heute auf Helgoland aus. In Köln-Frechen sollte noch in diesem Jahr ein großes Manövergelände errichtet werden. Der beste Rüstungsminister, den wir je hatten, mußte diese Pläne wegen des Bürgerprotests zu den Akten legen. Wir haben ihn brieflich aufgefordert, dasselbe für Garlstedt zu tun.

Und noch eine Kleinigkeit. Warum wurde mit dem Bau am 24. Mai dieses Jahres nicht begonnen, warum werden die Ledernacken im Oktober 1977 nicht einziehen können? Das wurde nämlich bereits aus Hannover berichtet. Ich meine, auch deswegen, weil wir wachsam und aktiv waren. Wir haben also die Heide für ein Jahr schon gerettet. Laßt uns weitermachen, daß sie für immer gerettet wird.

Jetzt erst Recht: Keine Atompanzer und Kasernen in die Garlstedter Heide!

Letzte Meldung: Laut „Bremer Nachrichten" vom 20.10. will Leber im November 76 den ersten Spatenstich in der Garlstedter Heide tun.

Kontaktadresse: BÜRGERAKTION GARLSTEDTER HEIDE, Dr. Ernst Busche (Sprecher), An der Gete 40, 2800 Bremen 1

KAMPF GEGEN SCHLIEßUNG DES JUGENDWOHNHEIMS SPITZT SICH ZU

FRANKFURT(ID) 21. Oktober

Seit Monaten haben die Bewohner und Mitarbeiter des Jugendwohnheims Ziegelhüttenweg 149 (siehe auch ID Nr. 143, 145,146) es verhindert, daß das Heim geschlossen wird und die Jugendlichen verlegt werden. Nun geht es darum, daß zum 31. Oktober alle Sozialarbeiter ihre Kündigung haben, also ab 1. November die Betreuung der Jugendlichen nicht mehr gewährleistet ist. Scheinbar kann die Stadt das Haus vorübergehend nicht übernehmen. Das heißt, daß das Haus geräumt wird, wenn es die Bewohner bis zum 31. Oktober nicht verlassen haben. Es gibt Informationen, daß die Verhandlungen über das Heim nicht mehr über den seitherigen Träger laufen, sondern auf höchster Ebene abgehandelt werden.

Der Caritasverband muß laut Satzung das Haus übernehmen; natürlich will es es nur ohne den bestehenden Konflikt, also nur ein leeres Gebäude. Es ist naheliegend, daß sich die katholische Kirche von oben eingeschaltet hat – bischöfliches Ordinariat Limburg – um den Konflikt „ordnungsgemäß" aufzulösen. Der Träger gibt die Verantwortung an die zuständigen Sozialstationen ab mit dem Druck, die Jugendlichen sofort anderweitig unterzubringen. Daß wahrscheinlich das Ganze ein abgesprochenes Spiel ist, zeigt sich z.B. daran, daß sich das Landesjugendamt hinter die Entscheidung des Trägers stellt, das Heim so kurzfristig aufzulösen, obwohl diese gesetzlich nicht zulässig ist.

Einzige Hoffnung der Bewohner und Mitarbeiter ist noch, daß die Stadt Frankfurt sich bereit erklärt, ein alternatives Heim zu eröffnen. H. Faller, der Leiter des Stadtjugendamtes, sagte selbst, daß Plätze geschaffen werden müssen, wenn dieses Heim geschlossen wird, da Mangel an Heimplätzen bestehe und daß er gegen die Schließung sei. Die Betroffenen fordern, daß die Stadt Frankfurt ein Haus zur Verfügung stellt, in das die Jugendlichen mit den Sozialarbeitern ziehen können (es besteht von H. Faller noch keine definitive Aussage über sein weiteres Vorgehen). Es darf nicht geschehen, daß ein Heim in Frankfurt geschlossen wird und die Jugendlichen in irgendwelche anderen Einrichtungen zwangsverlegt werden. Deswegen wurden die Betroffenen zu einer Demonstration am Samstag, 30. Oktober auf (Ort und Zeit werden noch durch Flugblätter bekannt gegeben), zu der aber

mehr als 15o Leute (wie bei der letzten Demonstration) kommen müssen. Und Leute, seht euch nach einem leeren Haus um, in das die Betroffenen einziehen können,und sagt ihnen Bescheid. Es stehen genug Häuser in Frankfurt leer.
Kontaktadresse: Jugendwohnheim Ziegelhüttenweg 149, Frankfurt-Sachsenhausen.

DOKUMENTATION ÜBER TELL-AL--ZAATAR

BONN (ID) 21. Oktober — Eine Zusammenstellung über die Kämpfe um das Beiruter Palästinenserlager Tell-Al-Zaatar (ID 146) hat die Informationsstelle Palästina herausgegeben. Es werden hauptsächlich Berichte aus der internationalen Presse wiedergegeben. Abschließend ein Bericht des politischen und militärischen Leiters des Lagers. Die Dokumentation ist für 2 DM zu beziehen bei: Informationsstelle Palästina, Kaiserstr.237; 5300 Bonn.

Die „Oman-Hilfe" in Frankfurt hat „Neue Materialien zur Revolution und Konterrevolution in Oman" – Stand: Juni 1976 – herausgegeben.

Zum Fall Klaus Zieschank – ein Genosse, der seit Monaten verschwunden ist, nachdem ihn die argentinische Geheimpolizei im März dieses Jahres verhaftet hatte – hat die Initiative „Freiheit für Klaus Zieschank" eine Dokumentation herausgebracht.

Beide Hefte sind im linken Buchhandel zu haben.

INTERNATIONALES

21 ARBEITER MIT VERGIFTUNGSERSCHEINUNGEN VORÜBERGEHEND IM KRANKENHAUS

MONZA (ID) 10. Oktober — Am Nachmittag des 8.10. senkte sich eine übelriechende Giftgaswolke über einem Teil der neuen Singer-Fabrik in Monza. Zu der Zeit waren 1300 Arbeiter im Werk. Nachdem die ersten über Halsbeschwerden klagten und sich bei mehreren Arbeitern schmerzhafte Rötungen der Haut zeigten, entschlossen sich die Arbeiter,die Arbeit niederzulegen und sofortige Maßnahmen von der Geschäftsleitung zu fordern. Die hatte bis dahin nichts getan. Zunächst stellte sich heraus, daß 21 Arbeiter mit Verätzungen im Hals und auf der Gesichtshaut in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Das geschah nach fast 2-stündiger Wartezeit. Danach wurde die Polizei verständigt.

Die Geschäftsleitung läßt alle Tore schließen:„Kein einziger verläßt das Werksgelände!". Die Geschäftsführung zieht sich zur Beratung der Situation zusammen mit dem Bürgermeister und den Bullen in die Büroetage zurück. Draußen verbreitet sich die Nachricht wie ein Lauffeuer. Die Angehörigen der Arbeiter stehen draußen vor den verriegelten Werkstoren. Niemand wird durchgelassen. Auch nicht Vertreter der Gewerkschaften.

Der Personalchef will die aufgebrachten Arbeiter beruhigen:„Die Untersuchung im Krankenhaus hat ergeben, daß keine Vergiftungen vorliegen." Keiner glaubt ihm. Die Spannung nimmt zu. Alle stimmen zu, als einer ruft: „ Heute, nach Seveso und Manfredonia,glaubt euch Bossen doch keiner mehr ein Wort!"

Schließlich kommen die ins Krankenhaus gebrachten Arbeiter zurück. Die Ärzte erscheinen und erklären, daß es sich nicht um Vergiftungen im eigentlichen Sinne gehandelt habe. Es tritt eine gewisse Beruhigung ein, doch völlig ungeklärt bleibt die Frage, woher die Gaswolke gekommen sein könnte. Durch die stundenlangen Verzögerungen wird sie sich wohl auch nicht mehr klären lassen. Interessanterweise steht neben der Singer-Fabrik ein Werk des Chemiekonzerns Boehringer!

Monza, den 11. Oktober

Nach dem Giftgas in der vorigen Woche sind am Montag, den 11. 10. bei weiteren 16 Arbeitern Vergiftungserscheinungen aufgetreten. Manche der Betroffenen klagten über starke Übelkeit, einige wurden sogar vorübergehend bewußtlos. Vom Betriebsrat herbeigerufene Techniker fanden wiederum keine Anhaltspunkte für die Herkunft des Gases.

Die Arbeiter haben daraufhin beschlossen, die Arbeit niederzulegen und für zunächst zwei Tage eine permanente Betriebsversammlung abzuhalten, um in der Lage zu sein, sich ohne Umwege sofort zu informieren und gegebenenfalls Druck ausüben zu können.
(Nach Notizen in: il manifesto, l'unita, la repubblica vom 9. Oktober)

FIAT-TURIN IMPORTIERTE FIAT-MOTORE AUS BRASILIEN

BOLOGNA (ID) 8. Oktober — Die FIAT-Brasiliana exportiert jetzt Motore nach Italien, die in Turin in den FIAT 127 eingebaut werden. Die ersten 16 Motore wurden am 7. Oktober im Hafen von Santos verladen. Der FIAT-Konzern hat – genau wie der deutsche VW-Konzern – in Brasilien unter großem Kapitalaufwand eine Zweigniederlassung gegründet. Der Zweck besteht, und dafür ist der Motorenexport der FIAT-Brasiliana ein Beispiel, nicht in der Erschließung neuer Märkte, sondern in der Ausnutzung des riesigen Reservoirs billiger Arbeitskräfte (und niedriger Bodenpreise). Dadurch ist der FIAT-Konzern nicht nur in der Lage, kurzfristig zu niedrigeren Kosten zu produzieren (das ist bei der Höhe der Anfangsinvestition gar nicht sicher), sondern er verspricht sich vor allem langfristig eine Schwächung der Kampfkraft der Turiner Arbeiter.

CFDT-TREFFEN BESETZTER BETRIEBE

LILLE (LIBE/POLITIQUE HEBDO/ID) 11. Oktober — Nach dem von den LIPs organisierten „wilden" nationalen Koordinationstreffen der im Arbeitskampf befindlichen Betriebe (siehe ID 99), veranstalteten die jeweiligen Verbände der CFDT in den vergangenen Monaten ähnliche Treffen im Bereich der Metallindustrie und des Gesundheitswesens.

Am 8./9. Oktober organisierte nun der Textilverband der CFDT Hacuitex mit der regionalen CFDT in Lille ein Zusammentreffen der schon seit geraumer Zeit in Arbeitskämpfen um den Erhalt der Arbeitsplätze stehenden Betriebe.

Im Mittelpunkt stand die Unterstützungskampagne für die Bekleidungsfabriken CIP und Desombre im Departement Nord, die seit 15 bzw. 13 Monaten von den entlassenen Arbeitern besetzt

werden. Eines der Ziele in der momentanen kritischen Phase ihres langen Kampfes war es, das Problem der Wiederankurbelung der Produktion in diesen Betrieben an die Öffentlichkeit zu bringen.

Am Samstagnachmittag wendeten sich die Vertreter der besetzten Betiebe mit Informationsständen im Bereich der Fußgängerzone von Lille an die Bevölkerung: Delegierte von CIP, Desombre, den Gerbern aus Annonay, Vertreter der Fabrik Renault aus Fougeres (Bretagne), die ihre Schuhkollektion vorstellten, Arbeiter der Firma Schlumpf (Elsaß) usw. Alles in allem eine repräsentative Auswahl von „Opfern" der Umstrukturierung in der französischen Textilindustrie.

Schon am Vorabend hatte Hacuitex eine Diskussionsveranstaltung mit den Delegierten der Betriebe und CFDT-Vertretern organisiert. W s die aktuelle Situation bei CIP und Desombre betrifft, steht demnächst die Streichung der Lohnfortzahlung von 90 % an. Den Stand der Diskussion in dieser schwierigen Etappe des Arbeitskampfes in beiden Betrieben faßte ein Verantwortlicher des regionalen Hacuitex-Verbandes zusammen: „Um den Kampf weiterzuführen, wäre vielleicht die Idee einer gemeinsamen Produktion für alle im Kampf stehenden Betriebe zu überlegen, damit die Popularisierung der Arbeitskämpfe unterstützt wird und durch einen landesweiten Verkauf die Löhne weitergezahlt werden können. Das könnten Aschenbecher, T-shirts, oder sonst irgendetwas sein. Ausserdem müßten offensivere Aktionen, wie das Eiffel-Turm-Treffen im Juli 1975,organisiert werden. Es handelte sich damals um ein nationales Treffen, der im Arbeitskampf stehenden Betriebe mitten in Paris. Seit 15 Monaten hat es nichts vergleichbares gegeben, obwohl es noch etwa 100 besetzte Fabriken in Frankreich gibt, die für den Erhalt der Arbeitsplätze kämpfen."

In einer Pressekonferenz erinnerte die CFDT noch einmal daran, daß es in den Departements Nord und Pas de Calais 63.000 Arbeitslose gibt. Das sind 1.000 mehr als im Vorjahr in der gleichen Zeit. Davon erhalten nur 5.000 Arbeiter 90 % ihres bisherigen Lohns. Das ist die höchste Arbeitslosenquote in Frankreich.

„ZEIGT UNS DAS WIRKLICHE DEUTSCHLAND"

ATHEN(ET/ID)
21. Oktober

Am 11.September 1976 veröffentlichte die zweitgrößte Tageszeitung von Athen, ‚Elefterotypia', den folgenden Artikel ihres Ressortleiters für Innenpolitik, Giorgos Wotzis:

„Es heißt, nach Athen kommt (eilig aus der deutschen Botschaft in Buenos Aires abberufen) ein Sonderbeauftragter des deutschen Außenministeriums, ein Herr Bald, erfahren in griechischen Angelegenheiten. Sein Auftrag ist es, die griechische öffentliche Meinung über die Lage in Deutschland aufzuklären. Denn diese sei in eine Welle der Solidarität mit dem Terroristen Pohle hineingezogen worden und in ein intensiv antideutsches Fahrwasser geraten – durch demagogische Politiker und Anwälte, aufgehetzte und schlechtinformierte Journalisten, eigensüchtige Verleger und extremistische Organisationen.

Also, er sei uns willkommen, der Sonderbeauftragte aus Bonn – da nun schon einmal im Wahlkampffieber Regierung, Parteien und Presse in Deutschland sich so lebhaft für die Auslieferung eines Verurteilten ... eines nach dem Strafrecht verurteilten ... interessieren. Wir sind bereit, uns aufklären zu lassen – Hauptsache, Herr Bald macht seine Arbeit offen und sauber und ist bereit, sich mit uns zu unterhalten und uns einen ganzen Haufen Unklarheiten aufzulösen. Damit sich dann die Beunruhigung der griechischen Regierung über die Störungen im deutsch-griechischen Verhältnis legen kann, die ihr gerade jetzt so ungelegen kommen, wo sich ihre „Europäische Politik" gerade in einer krisenhaften Phase befindet. Damit sich „Ethnikos kyrix", „Vradini" und „Eleftheros kosmos" (rechte griechische Zeitungen) beruhigen können, die – vorgestern und gestern – in Leitartikeln die Befürchtung äußerten, wir könnten dem „...gesündesten Staat Europas" den Krieg erklären. Damit auch einige gutwillige Kommentatoren...zur Ruhe kommen können, die befürchten, daß wir es zu weit getrieben haben und in unserem Überschwang auch progressive Elemente der deutschen Gesellschaft vor den Kopf stoßen.

Aber weil wir da dem Herrn Bald viel auf den Buckel laden würden, und er all das wohl kaum schaffen wird, wissen wir einen wirksameren Weg, objektive Informationen sicherzustellen: Die deutsche Regierung soll fünf bis zehn griechische Journalisten und genausoviele Juristen (Giannopoulos und viele andere sind dazu bereit) zu einer Untersuchung vor Ort nach Deutschland einladen. Unter der Bedingung, daß sie frei in die Stammheimer Festung hineinkommen, daß sie die berüchtigten „weißen Zellen" des Wahnsinns und des Todes besuchen können, daß sie sich mit den Kämpfern der RAF und anderen politischen Gefangenen unterhalten dürfen, daß sie sich an verantwortlicher Stelle über die erschreckenden Änderungen des Strafrechts (und des Prozeßrechts) von Deutschland in den letzten vier Jahren informieren können, daß sie den großen RAF-Prozeß verfolgen können, der jetzt schon 16 Monate geht (auf der Anklagebank blieben nach 5 Angeklagten 3, nach dem Tod von Meins und Meinhof), daß sie aus erster Hand erfahren, warum die Verteidiger der Gefangenen systematisch verfolgt werden, warum der Anwalt Claus Croissant ständig verhaftet wird und keinen Paß hat, warum Jean-Paul Sartre Einreiseverbot für Deutschland bekommen hat, nachdem er den gefangenen Kämpfer Andreas Baader besucht hatte, wie frei oder wie dirigiert die Information der deutschen Bevölkerung über die „Terroristen" durch die deutschen Medien ist usw, usw....

Das ist der Vorschlag. Aber es kommt noch eine Herausforderung: Das Material dieser Untersuchung vor Ort darf nicht nur der griechischen, sondern muß auch der deutschen Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Die Teilnehmer an der Untersuchung müssen Gelegenheit erhalten, das Material im deutschen Fernsehen und in der deutschen Presse zu verbreiten....

Haben wir nicht gewußt, daß Westdeutschland der treueste Bundesgenosse der Amerikaner ist? Haben wir auf den Fall Pohle warten müssen, um das zu verstehen? " fragt K. Nikolaou. Wilder keift der gestrige Artikelschreiber im „Eleftheros Kosmos": „Es wird ein breiter Kreuzzug gegen Deutschland geführt....Es wird so dargestellt, als würde Bonn die Durchsetzung der deutschen Hegemonie im europäischen Raum anstreben. Es wird vom Wiedererstarken der deutschen Gefahr gesprochen....Aber in keinem Land wurden solche Vulgaritäten verbreitet, wie sie in Griechenland gesagt und geschrieben wurden...Gewissen Zeitungen und Politikern passt Deutschland nicht. Sie interessieren sich für Pohle, nicht für Griechenland. Haben wir nicht die Frage der EG? Brauchen wir nicht ökonomische Unterstützung? All das schicken sie zum Teufel, um wegen eines Terroristen Westdeutschland zu beleidigen..."

Wenn auch dieses Geheul uns schon genügen würde, um uns davon zu überzeugen, wie politisch wichtig und richtig die Solidaritätsbewegung mit R.Pohle ist, muß hier doch betont werden, daß niemand (und am allerwenigsten der deutsche Revolutionär selbst – wie es sein Kampf vor den griechischen Gerichten und sein bewegendes „Manifest" zeigen) diese Kampagne personalisiert, noch die Gelegenheit mißbraucht, um aus einem falschen Geschichts-Bewußtsein heraus anti-deutsche Vorstellungen loszuwerden.

Die deutschen Sozialdemokraten, (die jetzt kunstvoll versuchen, zusammen mit ihren Freunden in Griechenland das Problem zu verschieben, indem sie als einzigen Grund für unsere „antideutschen" Ressentiments das Techtelmechtel von Strauß mit den Junta-Leuten vorgeben und an die deutsche „anti-Junta-Haltung" errinern), werben im Wahlkampf damit, daß sie Westdeutschland zu einem „Modell für Europa" gemacht haben.

Nun also, wo wir hier geradewegs Kurs Europa steuern, ist es notwendig, daß wir den Inhalt dieses Modells genau kennen. Es geht uns alle an – besonders, wenn die autoritäre Entwicklung des deutschen Staates bereits als Vorbild für dieselbe Tendenz in unserem eigenen Land herangezogen wird (siehe „Sondergesetzgebung" ; dies meint die neuen Sondergesetze in Griechenland zum Schutz der Polizei.Anm.):Sowohl die Liberalen, die beunruhigt sind über das Schicksal der Rechte des Einzelnen in Europa und bei uns, und die deshalb versuchen, die bürgerliche Legalität noch einmal zu retten,

indem sie die Auslieferung Pohles abwenden. Und die, die wie wir auf die Straße gehen und auch weiter rufen werden: Pohles Kampf ist auch unserer!"..."

Dann werden wir sehen, wie „informiert", „unglaubwürdig" und „oberflächlich" Andreas Papandreou ist (so Regierungssprecher Bölling), wie „rot" – also unglaubwürdig – Pohles Anwälte sind, Prof. Androulakis, Giannopoulos, Stephanakis, (wie es, ohne zu erröten, die deutsche Presse schrieb), und wie „uninformiert" und „aufgehetzt" Maria Dimitriadou („Zeitungsleserin") und ich (politischer Redakteur einer großen Zeitung wie „Eleftherotypia) sind, die wir die Naivität besaßen, im ersten Programm des deutschen Fernsehens über die systematische Vernichtung der politischen Gefangenen durch den autoritärsten Staat Europas zu sprechen.

Bis –wenn überhaupt– mein Vorschlag angenommen wird, bitte ich irgendwelche Deutsche, oder ihre „gutinformierten griechischen Freunde", mir –direkt und ohne Scheu– einige einfache Fragen zu beantworten:

1) *Wieviele politische Gefangene gibt es in Deutschland, wie lange waren sie in Untersuchungshaft, wieviele wurden gefoltert und wie sind ihre Haftbedingungen? (Ich habe gestern den jüngsten der Anwälte der RAF, Herrn Oberwinder, gefragt, wieviele politische Gefangene es gäbe, und er hat mir mit bitterem Humor geantwortet: „Keinen! Offiziell gibt es keine politischen Gefangenen in Deutschland. Aber auch wir, die Verteidiger, wissen keine genaue Zahl, zwischen 80 und 150 schätze ich."*
2) *Wie fanden die gefangenen Kämpfer Katharina Hammerschmidt, Holger Meins, Siegfrid Hausner und Ulrike Meinhof den Tod? Wie viele und welche Reporter haben die Umstände des Todes der Meinhof untersucht, sind den Widersprüchen und Löchern in den offiziellen Versionen nachgegangen, haben sich bewegt gezeigt von der Anklage ihrer Mitangeklagten, sie sei genau in dem Moment kaltblütig ermordet worden, wo (durch eine Erklärung von ihr zur Rolle Westdeutschlands in den Aggressionen des amerikanischen Imperialismus in Vietnam und im nahen Osten) der große RAF-Prozeß in eine wesentliche, politische Phase getreten wäre?*
3) *Ist es wahr oder nicht, daß der RAF-Prozeß in den letzten vier Monaten ohne Angeklagte weitergeführt wird, welche gegen den Tod der Meinhof protestieren? Was sind es für Gründe, die es nötig gemacht haben, daß vom 01.01.1975 an die in aller Welt ungeheuerliche Prozeßvorschrift zur Geltung kam, die eine Fortführung des Prozesses ohne die Anwesenheit der Angeklagten erlaubt?*
4) *Wieviele und welche Änderungen haben das deutsche Strafrecht und das deutsche Prozeßrecht erfahren, damit auch noch die letzten Reste und Möglichkeiten der Verteidigung der Gefangenen ausgemerzt sind? (Die zwei jüngsten Änderungen treten nächste Woche in Kraft: Die erste fügt dem berühmten § 129 des Strafgesetzes, der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft – danach wurde auch Pohle verurteilt – einen § 129a hinzu, der die Strafe bei Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung" auf zehn Jahre erhöht. Mit der zweiten Novelle wird der freie Verkehr der Angeklagten mit ihren Anwälten unter gerichtliche Kontrolle gestellt, d.h. aufgehoben.)*
5) *Wieviele Verteidiger, (auch die vom Gericht bestellten), wurden von ihrem Mandat entbunden, gejagt, ins Gefängnis gesteckt, oder mit dem Entzug des Rechts zur Ausübung ihres Berufes bedroht?*
6) *In welchen deutschen Schriften sind jemals die politischen Positionen der RAF, der „Bewegung 2.Juni" und der anderen bewaffneten Widerstandsorganisationen veröffentlicht worden, damit die deutsche Bevölkerung sich ein Bild machen kann davon, ob es sich um herumschießende Verbrecher oder Revolutionäre handelt? Wann hat in Deutschland die Forderung der Gefangenen Kämpfer das Licht der Öffentlichkeit erblickt, als Kriegsgefangene anerkannt zu werden – nachdem sie dem amerikanischen Imperialismus und seinem Statthalter in Europa, dem BRD-Staat, den Krieg erklärt haben? Ein STERN-Korrespondent in Athen, der sich um eine Besuchgenehmigung für ein Interview mit Pohle bemüht, wurde von Rechtsanwalt Oberwinder gefragt, ob er sich bemühen würde und ob es ihm möglich sei, in Deutschland authentische Artikel und Erklärungen von Pohle zu veröffentlichen. Er verneinte dies, und er blieb mit offenem Mund stehen, als es hörte, daß die „Eleftherotypia" das gesamte „Manifest" von Pohle veröffentlicht hat. Freiheiten dieser Art sind in Deutschland unvorstellbar.*

Aber wozu die „Untersuchung" und die ganze Aufregung? Wozu die „antideutsche Manie"? Was geht es uns eigentlich an, und warum beschweren wir uns über das, was in Deutschland geschieht?

DER IRAN UND US-WAFFEN

NEW YORK (NYT/ID) 8. August

Die enormen Waffenverkäufe der USA an den Iran haben eine neue Entwicklung eingeleitet. Da es in einem unterentwickelten Land wie Persien nicht genügend technisch ausgebildete Leute gibt, die die hochmodernen Waffensysteme bedienen können werden amerikanische „Kriegsberater" importiert, die diese Funktion übernehmen. Zur Zeit befinden sich 20.000 US-Kriegsberater im Iran, das entspricht dem Stand zu Beginn des US-Krieges in Vietnam. In einem Senatsbericht wird geschätzt, daß sich diese Zahl bis 1980 auf 60.000 erhöhen wird.

Nachdem Verträge über Waffenkäufe abgeschlossen sind,kommen massenhaft Amis in den Iran, die an Ort und Stelle Überwachungsdienste, Reparaturen, Training und Ausbildungshifle bis zu zehn Jahren leisten. Auf Druck des Abgeordnetenhauses (Congress) mußten militärische Trainingsprogramme reduziert werden, so daß das Pentagon jetzt fast nur noch Privatpersonen einstellt. Diese Entwicklung macht den Liberalen in den USA Sorgen, da ja „Privatpersonen relativ immun gegenüber Regierungskontrollen sind." Das heißt, daß im Fall eines Krieges die US-Regierung nicht mehr direkt verantwortlich gemacht werden kann, da sie ja unschuldig ist. Eine ähnliche Entwicklung findet in Saudi Arabien, Kenia, Zaire und Taiwan statt

(nach: Leslie H. Gelb, Korrespondent der New York Times)

TEHERAN (NYT/ID) 29. August

Am 28. August wurden drei amerikanische Staatsbürger in Teheran von Guerrilas umgebracht. Die Amis waren Angestellte bei Rockwell International. Es wurde nicht bekannt, welche Tätigkeiten sie in dieser Firma ausüben. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß sie alle am „Projekt Ibex" mitgearbeitet haben, einem Projekt, durch das eine riesige elektronische audio-visuelle Überwachungsanlage für die iranischen Geheimdienste entstehen soll. Das „Projekt Ibex" kostet eine Milliarde Dollar. Die Guerillas schnitten das Auto, in dem die Amis saßen, vorn und hinten mit ihren Autos ab, befahlen dem Chauffeur, auszusteigen und sich auf den Boden zu legen. Dann wurden die Insassen mit Maschinenpistolen erschossen.

INTERVIEW MIT EINEM SPRECHER DER ANC-ZIMBABWE

DAR-ES-SALAAM (ID) 1. Oktober

Das Gespräch wurde mit R.M.Gamanya geführt. Zur weiteren Information siehe auch ID Nr. 145.

Frage: Am 9.September erklärte Sithole den Auszug der ZANU aus dem ANC. Welches sind die Gründe für den Auszug?

Antwort: Sithole ist nicht mit der ZANU ausgezogen, denn dazu ist er gar nicht in der Lage. Es gibt nämlich insgesamt fünf ZANU-Fraktionen: eine unter Tongogara, eine unter Mawema, eine unter Mugabe, eine unter Sithole und eine direkt unter dem ANC. Bis 1974 gab es nur eine ZANU (Zimbabwe African National Union). Kurz nach der Declaration of Unity am 7. Dezember 1974 begann die Spaltung in zwei Fraktionen, von denen die eine (Mugabe's) nicht in den ANC ging. Später spaltete sich die ZANU-Fraktion im ANC weiter in vier Fraktionen. Sithole ist jetzt also nur mit einem kleinen Teil der ZANU aus dem ANC ausgezogen.

F: Aber die Presse stellte den Auszug als einen bedeutungsvollen Schritt dar.

A: Ja, denn Sithole war der Präsident der ZANU, der die Declaration of Unity in Lusaka unterzeichnete. Als Sithole also sagte, daß er mit der ZANU aus dem ANC auszieht, hieß das, daß er seine Unterschrift zurückzog. Da er aber nicht mehr für die ganze ZANU sprechen kann, kann er sie auch nicht aus dem ANC herausziehen. Denn auch mit seiner Unterschrift gingen ja nicht alle ZANU-Mitglieder in den ANC, er war also nicht in der Lage, alle Fraktionen zu vereinigen. Aber die Mehrheit der ZANU war und ist auch noch im ANC.

F: Aber welche Gründe hatte Sithole, den ANC zu verlassen?

A: Sithole will ZANU's Führer sein und daher bekämpft er die anderen ZANU-Fraktionen. Denn auf der Gipfelkonferenz der "Frontlinienstaaten" (Mozambik, Tanzania, Botswana und Angola) in Dar-es-Salaam beanspruchte Mugabe, ZANU's Führer zu sein.

F: Sithole nannte andere Gründe: Dem ANC sei es nicht gelungen, die Befreiungsbewegungen zu vereinigen.

A: Das stimmt zu einem gewissen Grad, wie es dem ANC nicht möglich war, Mugabe's ZANU-Fraktion einzugliedern. Hundertprozentige Einigkeit ist wohl nirgends möglich. Der ANC ist weiterhin die Vereinigung, in der die meisten Freiheitsbewegungen zusammengeschlossen sind.

F: Wieviele Befreiungsbewegungen sind jetzt im ANC?

A: Es sind vier: ZANU (Zimbabwe African National Union), ZAPU (Zimbabwe African Peoples Union), Frolizi (Front for the liberation of Zimbabwe) und ZIPA (Zimbabwe People's Army).

F: Sithole meinte, daß die ZANU von Anfang an nicht sehr an der Gründung des ANC interessiert war. Sein Argument war, daß die ZANU als erste Befreiungsbewegung den bewaffneten Kampf aufgenommen hatte und die anderen Gruppen sich ihr deshalb anschließen sollten.
Weiter erklärte er, der ANC sei nicht in der Lage gewesen, die militärische Führung zu übernehmen, weil er keine Erfahrung im bewaffneten Kampf hatte. Er nannte dies einen weiteren Grund für seinen Austritt.

A: Das ist nicht richtig, denn auch Frolizi und ZAPU führten den militärischen Kampf. Und der ganze ANC hat Erfahrung im politischen Kampf. Bishop Muzorewa führte den politischen Kampf an in Zimbabwe, während ZANU den bewaffneten Kampf führte.

F: Heute sind die vier Befreiungsbewegungen im ANC zusammengeschlossen, das heißt also, daß der ANC jetzt mit den Waffen kämpft?

A: Nein – denn wer kämpft, sind die Soldaten. Diese wurden vom ANC rekrutiert.

F: Welche Bedeutung hat Sithole's Fraktion im bewaffneten Kampf?

A: Militärisch gesehen hat sie überhaupt keine Bedeutung, weil nicht sie, sondern das Oberkommando der ZIPA den ganzen Kampf führt. Das Oberkommando besteht aus acht Mann.
Was militärisch wichtig ist, sind die Soldaten an der Front.

F Muzorewa sagte, daß der ANC es für wichtig hält, daß in Zimbabwe nur eine Armee unter einer politischen Organisation existiert. Welche Anstrengungen unternimmt der ANC, um dies zu erreichen?

A: Wir machen gar keine Anstrengungen mehr, weil wir Wichtigeres zu tun haben.

F Welche Auswirkungen hat der Fraktionsstreit der ZANU auf den Kampf?

A: Es ist insofern von Bedeutung, daß er den Kampf gegen das Smith-Regime schwächt.

F: Wie war es möglich, trotz der Spaltungen den Kampf zu intensivieren?

A: Dafür gibt es zwei Gründe. Der erste ist Solidarität. Die jetzt neurekrutierten Soldaten betrachten sich selber als ANC-Soldaten, und es gibt keine Spaltung.
Der zweite entscheidende Grund ist die Unterstützung durch die Frontlinienstaaten. Mosambik öffnete die gesamten 800 Meilen seiner Grenze für die Befreiungskämpfer. Sie können sich bei Angriffen immer auf mosambikanisches Gelände zurückziehen. Außerdem vereinfacht das die Rekrutierung von Soldaten in Zimbabwe.

F: Was unternehmen Smith's Truppen dagegen?

A: Sie versuchten, die Grenzübertritte zu verhindern, aber sie sind nicht in der Lage. Sie haben nicht genügend Soldaten, um die gesamten 800 Meilen (ca. 1200 km) zu bewachen.

F: In Dar-es-Salaam fand kürzlich die Gipfelkonferenz der Frontlinienstaaten zur Situation in Zimbabwe statt. Ist es richtig, daß Gegenstand der Verhandlungen die Zusammenführung der ANC-Fraktionen von Nkomo und Muzorewa war?

A: Das war einer der Tagesordnungspunkte. Die Führer der Frontlinienstaaten kamen zusammen, um eine Einigung der Befreiungsbewegungen herbeizuführen. Dabei ging es aber nicht nur um die Auseinandersetzungen zwischen Muzorewa und Nkomo, denn außer ihnen nahmen auch Vertreter der ZANU-Fraktionen teil. Mugabe war da, um die ZANU zu vertreten.

F: Sie haben aber gesagt, daß Mugabe's Fraktion nicht sehr wichtig ist.

A: Aber als wir nach Dar-es-Salaam kamen, um über Einigung zu sprechen, vertrat Mugabe die ZANU, denn die anderen Fraktionen waren ja im ANC, der von Muzorewa vertreten wird. Seitdem beansprucht auch Sithole die Führung der ZANU. Es geht also nicht nur um die Einigung zwischen Muzorewa und Nkomo, sondern um die zwischen Muzorewa, Nkomo, Mugabe, Sithole, Mawema.

F: Welche Möglichkeiten der Einigung gibt es, wenn Muzorewa bereit ist, mit Nkomo zu reden, Nkomo aber nicht bereit ist, mit Muzorewa als Führer des ANC zu reden, sondern nur mit ZANU?

A: Damit meint er Mugabe's ZANU. Aber das ist ja nur ein Trick. Im Grunde ist er nicht bereit, sich mit irgendjemand zusammenzuschließen. So sagt er, er sei bereit, mit ZANU zu reden, wenn sie ihm sagen können, wer ZANU's Führer ist, weil er weiß daß sie es nicht können.

F: Welches Ziel verfolgt er damit?

A: Nkomo will keinen bewaffneten Kampf, sondern Verhandlungen.
Sowohl Amerikaner als auch Russen setzen auf ihn. Er nimmt Geld von beiden Seiten. Er hat hochmoderne Waffen aus der Sowjetunion bekommen. Er ist Kaunda's spezieller Freund. Warum sollte er eine Einigung mit den anderen Befreiungsbewegungen anstreben?

F: Er hat Waffen bekommen, aber kämpft er damit gegen Smith?

A: Nein, er wartet. Seine Soldaten und die Waffen sind in Zambia, er ist seit sieben Monaten in Sambia.

F: Welches waren die anderen Diskussionspunkte der Gipfelkonferenz?

A: Die Frontlinienstaaten haben uns über die britisch-amerikanischen Pläne in Bezug auf Zimbabwe unterrichtet, und daß Kissinger der Mann sein würde, um die Verhandlungen zu führen.

F: Wie steht der ANC zu Kissingers Verhandlungen?

A: Der ANC hält nicht viel von den Verhandlungen. Denn

welche Ziele verfolgen die Briten und Amerikaner? Sie wollen eine progressive Regierung verhindern, um eine ihnen genehme Regierung an die Macht zu bringen.

F: Zum Beispiel Nkomo?

A: Wenn nicht Nkomo, dann bringen sie vielleicht noch jemand Schlimmeres, wovon es mehr als genug gibt, z.B. irgendeinen Stammeshäuptling.

F: Wurde auf der Gipfelkonferenz auch über die Unterstützung der Befreiungskämpfer durch die Frontlinienstaaten gesprochen?

A: Nein, das war nicht Gegenstand der Diskussionen, weil es damit keine Probleme gibt.

F: Auf welche Art unterstützen die Frontlinienstaaten den ANC?

A: Die größte Hilfe ist, daß wir ihr Territorium als Ausgangsbasis für den Krieg benutzen können. Weiter bekommen wir alle Hilfsgüter aus dem Ausland über ihr Territorium. Außerdem unterstützen sie uns auch direkt mit Gütern. Es gibt Ausbildungslager für Befreiungskämpfer in Tansania, in Mosambik usw. Ich möchte aber noch etwas zu Kissingers Verhandlungen bemerken. Ein Teil der Bewegung war dagegen, mit Kissinger zu verhandeln, weil wir nur durch den bewaffneten Kampf unsere Regierung bekommen können Wenn die Frontlinienstaaten dem Kissingerplan zustimmen, haben wir kein Land mehr als Ausgangsbasis. Aber bis jetzt stellen uns noch alle ihr Land zur Verfügung: von denen die 16 000 Soldaten unserer Armee operieren können.

DIE UNTERDRÜCKUNG IN PERU

LIMA/PERU (ID)
20. Oktober

Ende September wurde dieser Bericht in Peru verfaßt:

Während die „chilenische Gestapo", die DINA, Tag und Nacht Leute aus ihren Wohnungen holt und das Klima der Angst aufrechterhält – während gleichzeitig die Brutalität in Argentinien keine Schranken kennt, verläuft in Peru die Repression und die Unterdrückung zwar weniger spektakulär, aber dennoch gründlich.

Aktive Gewerkschafter werden entlassen; z.B. 350 Arbeiter der Textilfabrik NYLON VITARTE und über 120 Metallarbeiter. Unabhängig von ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit müssen 10.000 Arbeiter der verstaatlichten Fischerei-Industrie demnächst mit ihrer Entlassung rechnen.

Der in Peru herrschende Ausnahmezustand wurde zum 1. Oktober um weitere 30 Tage verlängert. Freie gewerkschaftliche Tätigkeit und Streiks sind verboten. Gewerkschaftsversammlungen können nur mit besonderer Genehmigung des zuständigen Militärkommandos abgehalten werden. Bedingungen ökonomischer Art können bei Lohnverhandlungen nicht gestellt werden. Die Dauer von Lohn- und Arbeitsverträgen, die vor der Einführung des wirtschaftlichen Sanierungsprogramms am 1. Juli ein Jahr betrugen, wurde jetzt auf 18 Monate festgesetzt. In allen wichtigen Betrieben in Lima haben Generäle im Ruhestand oder aktive Militärs Posten auf Direktionsebene, bei der Vertretung nach außen und in der Personalabteilung inne.

Das peruanische Militär hat jedoch nicht nur die Situation der Arbeiter, sondern auch das Gesetz in der Hand. Gemäß Artikel 5 des Statuts der Revolutionären Regierung der peruanischen Streitkräfte können die regierenden Militärs alle Maßnahmen ergreifen, die sie zur Verteidigung der Revolution für notwendig erachten. So handelt sie „legal", wenn sie während des nun schon mehr als drei Monate andauernden Ausnahmezustandes hunderte von Personen verhaften läßt. Die Verhafteten können beliebig lange gefangengehalten werden, da während des Ausnahmezustandes die persönlichen Grundrechte aufgehoben sind, das Habeas-corpus-Recht nicht funktioniert und Hausdurchsuchungen willkürlich und uneingeschränkt vorgenommen werden dürfen.

Immerhin ist es ungesetzlich, wenn Personen verhaftet werden, ohne daß dies öffentlich bekanntgegeben wird. Die Polizeibehörden allerdings sind nicht verpflichtet, über Verhaftungen Auskunft zu geben. Oft leugnet die Polizei Verhaftungen, was für das Tätigwerden von Rechtsanwälten besonders hinderlich ist.

Sobald ein Inhaftierter dem Richter vorgeführt worden ist, kann ein Rechtsanwalt beim zuständigen Richter Rechtsmittel einlegen. Diese Möglichkeit wird in der Praxis häufig dadurch vereitelt, daß die Polizei in Zusammenarbeit mit den Richtern die Gefangenen ständig von einer Polizeistation zur anderen verfrachtet.

Die Mehrheit der (allein in Lima) 200 Inhaftierten wurden bis jetzt noch keinem Gerichtsverfahren unterzogen. Die meisten von ihnen werden beschuldigt, gegen die Staatssicherheit verstoßen zu haben. Während des Ausnahmezustandes gilt die Militärgerichtsbarkeit. D.h., daß Zivilpersonen vor die insgesamt 5 Kriegsgerichte der verschiedenen Polizei- und Militärzonen des Landes gestellt werden und von diesen autonomen, aber von den Streitkräften abhängigen Kriegsgerichten verurteilt werden. Es läßt sich aber zur Zeit die Tendenz beobachten, die Gefangenen ohne Prozeß inhaftiert zu lassen.

In Lima befinden sich die politischen Gefangenen vor allem im öffentlichen Gefängnis von Callao, Lurigancho, verschiedenen Polizeistationen (Magdalena del Mar, Jesus Maria, Pueblo Libre, Chorillos) und in einigen Räumen des Staatssicherheitsdienstes. Im ganzen Land sind weitere Gefängnisse im Bau bzw. werden auch schon bestehende erweitert.

Die häufigsten Anklagen lauten: Verstoß gegen die Staatssicherheit, Angriff auf die Streitkräfte, Subversion. Die verhafteten Minenarbeiter stellen eine Sonderkategorie dar; die Anschuldigungen gegen sie sind: Sabotage an der Produktion und konterrevolutionäre Haltung. Die Kumpel wurden entführt, sie verschwanden einfach, und niemand weiß, wo sie sich aufhalten.

In Lima gibt es zwei oder drei Verteidiger, die die mehr als 200 politischen Gefangenen Limas juristisch zu beraten versuchen. Bei Gesprächen mit dem Mandanten ist ein Polizeibeamter anwesend. Die Rechtsanwälte sind einer ständigen Polizeikontrolle ausgesetzt, und die legale Beratung der Volksorganisationen und Gewerkschaften wird immer mehr eingeschränkt. Die Verteidigung der politischen Gefangenen geschieht in der Regel kostenlos; diese Tatsache wird von den Steuerbehörden ausgenutzt, um die Büros der Anwälte zu durchsuchen und hohe Geldstrafen zu verhängen, wenn sich in der Buchführung keine Angaben über die Einkünfte aus der Verteidigung nachweisen lassen.

GEHEIMDIENST URUGUAY'S IN ARGENTINIEN

FRANKFURT(LE MONDE/ID)
21. Oktober

Washington Perez, Arbeiter in der Reifenindustrie und Mitglied der C.N.T.(Nationalkonföderation der Arbeiter)-Gewerkschaft, hat nach dem Staatsstreich von 73 in Uruguay im Mai 74 sein Land verlassen und wurde Zeitungsverkäufer in Argentinien. Anfang August diesen Jahres mußte er mit seiner Familie auch fluchtartig dieses Land verlassen und lebt nun im Exil in Schweden. Der französichen Tageszeitung gab er folgendes Interview:

„Am 13. Juni diesen Jahres gegen 4 Uhr morgens drang eine bewaffnete Truppe in mein Haus in der Provinz von Buenos Aires ein. Sie führten mich mit einem meiner drei Söhne ab. Wir müssen in ein Auto einsteigen; die Augen werden uns verbunden; sie fahren ab; nach einiger Zeit halten sie an; wir steigen aus und werden in ein Zimmer gebracht, wo uns eine Gruppe von 8 - 10 Männern erwartet. Unter ihnen erkenne ich sofort den Oberleutnant Barrios aus Uruguay, von dem ich als verantwortlicher Gewerkschafter der Reifenindustrie schon einmal in Uruguay vernommen wurde; um diese Zeit war er auch Gefängnisdirektor des Libertad-Gefängnisses. Dann war da a h der Kommisar Campos Hermida, der mich in Uruguay auch schon zweimal verhörte. Es gab da offensichtlich auch einen Argentinier, der von verschiedenen Anwesenden von Zeit zu Zeit mit ‚Oberst' angeredet wurde,

Sie sagten:„Wir brauchen Sie als Mittelsmann für eine wichtige Angelegenheit, die einen Ihrer Genossen betrifft." Sie öffnen eine Tür und im Nebenzimmer, welche Überaschung, befindet sich Gerardo Gatti, Nationalsekretär der Arbeiter- und Studentenwiderstandsorganiation (R.O.E.). Gatti war 4 Tage vorher von Unbekannten entführt worden. Er war auf ein Bett gefesselt, und offensichtlich ist er durch die Mangel genommen worden, d.h. er wurde gefoltert. „Die argentinische Bundespolizei hat ihn an uns ausgeliefert, in diesem Zustand", sagten sie.

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer	Exemplare
903R	158	1

(NR. 148)

H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Und sie erklärten mir, daß ich mit den Genossen der R.O.E. Kontakt aufnehmen solle und ihnen vorschlagen solle, daß Gatti und zehn andere in Uruguay festgehaltene Personen für ein Lösegeld von 1 Mill. Dollar ausgetauscht werden könne. Diese Summe, meinten sie, könne von internationalen Organisationen als Spende oder als Leihgabe aufgebracht werden. Der Genosse, mit dem ich dann einige Minuten reden durfte sagte mir, daß er keine Einwände dagegen habe. DAnn übergaben sie mir einen Brief, der ihre Instruktionen enthielt, und brachten mich und meinen Sohn in die Nähe unserer Wohnung."

4 mal danach, am 32. und 29. Juni , am 6. und am 17. Juli wurde W. Perez nochmals von den gleichen Leuten verhört. Am 23. Juni wird ein Foto von ihm und G. Gatti in der Zeitung „Tarde" veröffentlicht. Dieses Dokument soll den Verantwortlichen der R.O.E beweisen, daß Gatti wohlauf istg.
licht. Diese Dokument soll den im Untergrund befindlichen Verantwortlichen der R.O.E. beweisen, daß Gatti wohlauf ist.

Die Entführer von Gatti wurden langsam nervös, da ihnen die NAchrichtenüberbringung zu lange dauerte. Am 17. Juni erklärten sie W. Perez lakonisch:„Die Affäire Gatti ist beendet." An diesem Tag findet das Treffen mit Leon Durate statt, einem anderen R.O.E. Führer, der vor kurzem mit 20 anderen Uruguayern zusammen entführt worden war.

Offensichtlich wollten die Entführer eine neue Taktik einschlagen und andere Forderungen stellen. Sie ließen W. Perez ein letztes mal gehen und sagten Ihm„Wir kontaktieren Sie wieder"

„Dies war mein letztes Treffen mit diesen Leuten. Mit meiner Familie bin ich dann zum Hochmommissariat der Uno für Flüchtlinge aus Argentinien gegangen. 4 Tage warteten wir dort, bis wir die Visas für Schweden bekamen."

anhörungsverfahren

verfassungsschützer rollen
mit den augen
tonbänder kreisen
richtmikrofone eregieren
aus jedem dritten schlafzimmer funken
wahnwitzige wanzen
datenbänke spucken
informationen aus und explodieren
blankohaftbefehle füllen
sich von selber aus
rasendschnell werden olympiastadien
geräumt bereitschaftspolizisten
schlagen automatisch
auf demonstranten ein
ihre kollegen die kragen hoch
getretende und geprügelte jammern
von der unantastbarkeit
der menschenwürde
innenminister kichern
aber ja wir tasten
nicht die sondern nur
eure kadaver an
revolverhähne krähen und spannen
sich von allein
picadores reiten auf liberale zu
reißen ihnen die seiten auf
banderrilleros rammen kommunisten
kleine fähnchen in die nacken
in den farben der nazi-
on die präsidenten der ämter
senken die daumen
aktien steigen
der fabriken von cyklon b
und ein mensch den ich liebe
steht vor dem tribunal
sagt: klar hasse ich sie
hasse sie wie die pest
bin ihr größter feind
könnte sie erdrosseln erschießen
vergiften tottrampeln
die verfassung
und fällt
jauchzend
unter das berufsverbot

(c) by p.p.zahl

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens